

Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im 3. Reich am Beispiel der Firma Siemens

Gidon Kermann
Valentin Scholz

DIPLOMARBEIT

gemäß §§ 7-9 Prüfungsordnung BMHS und Bildungsanstalten
BGBl. II Nr. 177/2012 i. d. g. F.

im Rahmen der Pflichtgegenstände Betriebswirtschaft und Projektmanagement
und Geschichte und politische Bildung.

Jahrgang: 5HRD

Schuljahr: 2020/21

Betreuer:

BL 1: Prof. Mag. Michaela Schmidhammer

BL 2: Prof. Mag. Leon Lenhart, MSc

Eigenständigkeitserklärung

Wir versichern an Eides statt, dass wir die vorliegende Diplomarbeit
[Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit im 3. Reich am Beispiel der Firma Siemens] an
der HLTW 13, Bergheidengasse 5-19, 1130 Wien, selbstständig verfasst haben, an-
dere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und uns auch sonst
keiner unerlaubten Hilfen bedient haben.

Wien, am 1. April 2021

Gidon Kermann:



Valentin Scholz:



Inhaltsverzeichnis

1	Abstract	5
2	Vorwort	6
3	Einleitung	7
4	Forschungsfragen	8
4.1	Gidon Kermann	8
4.1.1	Kriegswirtschaft und personelle Situation bei Siemens.....	8
4.2	Valentin Scholz.....	8
4.2.1	Zwangsarbeit bei Siemens.....	8
5	Die wirtschaftliche Lage von Siemens in den Vorkriegsjahren	9
5.1	Wirtschaftliche Situation	9
5.2	Unternehmensführung	10
5.3	Standorte des Konzerns.....	13
5.4	Unternehmensstruktur	14
6	Einfluss der Politik auf den Siemens Konzern	17
6.1	Einfluss des Staates auf den Siemens Konzern.....	17
6.2	Einfluss der SS auf den Siemens Konzern	18
7	Zwangsarbeit	20
7.1	Was ist Zwangsarbeit?	20
7.1.1	Beschaffung der Zwangsarbeiter	21
7.1.2	Herkunft der Zwangsarbeiter	22
7.1.3	Logistik und Verteilung der Zwangsarbeiter	24
7.1.4	Auswahlverfahren der Zwangsarbeiter	25
7.2	Zwangsarbeit im Konzern	26
7.2.1	Zwangsarbeit bei Siemens.....	26
7.2.2	Frauen-KZ Ravensbrück	26
7.2.3	Aufgabengebiete	28
7.2.4	Arbeits- und Lebensbedingungen	28
7.3	Unterschiedliche Zwangsarbeit?	29
8	Kriegswirtschaft bei Siemens	31
8.1	Wirtschaftliche Aspekte der Kriegswirtschaft	31
8.2	Führungsstil	33
8.2.1	Führungsstil in Bezug auf die normale Belegschaft	33
8.2.2	Führungsstil in Bezug auf Zwangsarbeit.....	34
9	Wie konnte es so weit kommen?	36
9.1	Rahmenbedingungen.....	36
9.2	Geheimhaltung	36
10	Folgen	38
10.1	Folgen für den Konzern	38
10.1.1	Aufarbeitung.....	38
10.2	Folgen für Zwangsarbeiter.....	39
10.2.1	Entschädigungen und Reparationszahlungen	40

11	Anhang	41
11.1	Interview mit Dr. Anton Wais	41
11.2	Interview mit Mag. Dr. Florian Wenninger.....	47
12	Zusammenfassung	54
13	Abbildungsverzeichnis	55
14	Bibliografie	57
14.1	Druckquellen.....	57
14.2	Internetquellen	58

1 Abstract

The Siemens group played a major role in the national socialist wartime economy. The objective of our thesis is to analyze the circumstances and decisions as well as the forced labor which took place during that time.

Taking into consideration the in-house-decision-making and economic factors, a big focus will be forced labor. The political views of the company's leadership and opportunism in the face of WWII will also be subject of our studies.

Finally, we will analyze the consequences and the culture of remembrance concerning these topics. The basis of research was historic and economic specialist literature as well as expert interviews (former board member at Siemens Austria Anton Wais, Florian Wenninger member of the Institute for Contemporary History).

2 Vorwort

In unserer Gesellschaft ist der Zweite Weltkrieg bis heute ein stets präsentenes Thema. Ob Jahrestage, Alltagspolitik oder neue Erkenntnisse - die Verbindungen zur Gegenwart sind allgegenwärtig. Die Aufarbeitung dieser grausamen Zeit ist noch lange nicht abgeschlossen und wird auch die letzten Zeitzeugen überdauern.

Als ausgesprochene Hobby-Historiker war uns sofort klar, dass der Zweite Weltkrieg Teil unserer Diplomarbeit sein würde. Die Verbindung zur Wirtschaft fanden wir dabei in der Thematik der Kriegswirtschaft und der Zwangsarbeit. Ein Dokumentarfilm von ARTE brachte uns schließlich auf die Firma Siemens. Valentin Scholz widmet sich dabei größtenteils den historischen Aspekten, Gidon Kermann übernimmt den wirtschaftlichen und personellen Teil der Arbeit.

In erster Linie möchten wir uns bei unseren Betreuern, Prof. Mag. Michaela Schmidhammer und Prof. Mag. M.Sc. Leon Lenhart, für ihre Unterstützung und Geduld bedanken. Des Weiteren gilt unser Dank auch Dr. Anton Wais und Mag. Dr. Florian Wenninger, die uns bei der Erstellung dieser Arbeit mit ihrer Expertise zur Seite gestanden sind. Zuletzt möchten wir uns bei unseren Familien und Freunden bedanken, die uns bis zuletzt unterstützt haben.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

3 Einleitung

Die Zusammenarbeit der Siemens AG mit dem nationalsozialistischen Regime ist wohl das dunkelste Kapitel in der Konzerngeschichte. Debatten rund um die Verantwortung des Konzerns bezüglich seiner Vergangenheit geraten immer wieder in die Medienwelt. Durch seine zentrale Rolle in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs traf Siemens viele Entscheidungen⁴, die aus heutiger Sicht grausam und unverständlich wirken. Doch wo endeten die gesetzliche Pflicht und der Zwang, Folge zu leisten, und wo begannen Opportunismus und Kooperation mit dem Hitler Regime?

Die Analyse der Lage des Siemens Konzerns (Siemens & Halske, Siemens-Schuckert Werke) während der Zeit des Nationalsozialismus ist das zentrale Ziel der Arbeit. Dabei gilt besonderes Augenmerk der Zwangsarbeit im Konzern sowie den kriegswirtschaftlichen Auswirkungen auf die Firma. Gleichzeitig wird die Frage nach Verantwortung, Aufarbeitung und Maßnahmen im Siemens Konzern gestellt.

Als Informationsquellen dienten Fachliteratur, Internetquellen und Medienberichte. Weiteres können Gidon Kermann und Valentin Scholz ihre Arbeit mit Experteninterviews untermauern. Diese qualitativen Gespräche wurden mit Dr. Anton Wais, ehemaliges Siemens AG Österreich Vorstandsmitglied und Mag. Dr. Florian Wenninger, Senior Research Fellow am Institut für Zeitgeschichte und Leiter des Instituts für Historische Sozialforschung, geführt.

Die Autoren fokussieren sich ausschließlich auf den Siemens Konzern, die Lage der Zwangsarbeiter und die kriegswirtschaftlichen Auswirkungen. Dabei distanzieren sie sich von jeglicher Art der Holocaustverharmlosung oder Leugnung.

4 Forschungsfragen

4.1 Gidon Kermann

4.1.1 Kriegswirtschaft und personelle Situation bei Siemens

Wie beeinflusste die Kriegswirtschaft den Siemens Konzern im Zweiten Weltkrieg und wie war die Lebens- und Arbeitssituation der Zwangsarbeiter im Konzern?

4.2 Valentin Scholz

4.2.1 Zwangsarbeit bei Siemens

Welche wirtschaftlichen Vorteile brachte der Einsatz von Zwangsarbeitern zu Zeiten des Nationalsozialismus dem Siemens Konzern?

Inwiefern beteiligt sich der Siemens Konzern an der Aufarbeitung bezüglich seiner Vergangenheit in der Kriegswirtschaft?

5 Die wirtschaftliche Lage von Siemens in den Vorkriegsjahren

5.1 Wirtschaftliche Situation

Siemens war unter dem nationalsozialistischen Regime zum größten Elektronunternehmen im Deutschen Reich aufgestiegen. Der Siemenskonzern wurde zu dieser Zeit in zwei große Firmen aufgeteilt, zum einen die Siemens & Halske AG (Schwachstromsektor) und zum anderen die Siemens-Schuckertwerke AG (Starkstromsektor). Siemens profitierte maßgeblich von der Wirtschaftspolitik der NSDAP. Man verzeichnete in den Vorkriegsjahren deutliche Umsatz- und Belegschaftsanstiege sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft. Der Gesamtumsatz des Konzerns stieg in den Jahren 1933 bis 1939 um 851 Millionen Reichsmark (RM), die Belegschaft des Elektronunternehmens wuchs im selben Zeitraum von 78.588 auf 183.283 Personen. Im Jahr 1939 war Siemens somit der größte Elektrokonzern der Welt.

Rückgänge in der Exportquote lassen sich durch stark erhöhte Auftragseingänge innerhalb des Deutschen Reichs erklären. So sank die Exportquote von 40,91 % im Jahr 1933 auf 14,01 % im Jahr 1939, obwohl der Exportumsatz anstieg. Staatliche Institutionen wie die Wehrmacht, der Arbeitsdienst oder andere Reichsregierungsapparate erreichten bereits 1936 50 % aller Bestelleingänge bei Siemens. Durch Aufrüstung und Wirtschaftsmaßnahmen des NS-Regimes stiegen vor allem die Aufträge in der Rüstungsbranche. Einzelne Tochterunternehmen waren bereits 1936/37 zu 80 % mit Rüstungsaufträgen ausgelastet. Man versuchte die Fertigung zu steigern, um den Anforderungen der Politik nachzukommen. Bei Einhaltung der vorgegebenen Quoten konnten deutsche Konzerne mit beträchtlichen Gewinnen rechnen. (vgl. Feldkirchen, 1995)

„Der hohe Auftragsbestand ergab lange Lieferfristen, zwang zur Rationalisierung von Fabrikation und Organisation sowie zur Kategorisierung der Aufträge privater Kunden.“ (Feldkirchen, 1995, S. 137)

Siemens hatte sich - wie die gesamte deutsche Industrie - an die Vorgaben des Reichswirtschaftsministeriums zu halten. Produktionskapazitäten der Elektroindustrie mussten zunehmend direkt oder indirekt den Zwecken der Kriegsvorbereitung nutzbar gemacht werden. Dies führte jedoch zu einer Vernachlässigung der Forschungs- und Innovationsbereitschaft, was unweigerlich zu einem Rückgang der Patentanmeldungen führte. Die technische Weiterentwicklung innerhalb des Konzerns ging zurück.

Mit Beginn der Aufrüstung im deutschen Reich verschwanden die Möglichkeiten einer individuellen Unternehmensstrategie zunehmend. Vorgaben zu Produktion und Absatz

wurden vom nationalsozialistischen Regime aufgestellt und waren einzuhalten. Optionen, sich einer Einbeziehung in die Aufrüstung und Kriegswirtschaft zu entziehen, gab es kaum, was nicht zuletzt an der Zustimmung vieler Führungskräfte zu den nationalsozialistischen Zielen lag. So erließ das Reichswirtschaftsministerium bereits 1934 Gesetze zum Rohstoffverkehr, um diesen besser beeinflussen und überwachen zu können. Anfänglich betraf diese Regelung die Elektroindustrie nur geringfügig, allerdings bildete sie den Grundstein für weitere Einschränkungen. 1936 folgte die Preisstoppverordnung, welche Preiserhöhungen unterband und die Preisbildung völlig einem Reichskommissar überließ. Eingriffe in die Entgeltauszahlung folgten 1939 mit der Lohnstoppverordnung, welche eigenmächtige Veränderungen am Lohnstichtag unterband. (vgl. Feldkirchen, 1995)

Der Umstieg zur Kriegswirtschaft erfolgte mit Beginn des Zweiten Weltkriegs, wobei die deutsche Industrie, einschließlich Siemens, auf erheblich ausgeweitete und modernisierte Kapazitäten zurückgreifen konnte. Da man nicht mit einem langen Krieg rechnete, sollten Rohstoffverbrauch, Kapazitäten der Rüstungsindustrie und Beschäftigtenzahlen nicht ansteigen. Diese Annahme erwies sich allerdings als komplett falsch und personalpolitische und rohstoffbedingte Probleme waren die Folge (vgl. Feldkirchen 1995)

5.2 Unternehmensführung

Zur Zeit des Nationalsozialismus hatten zwei Mitglieder der Familie Siemens den Aufsichtsratsvorsitz inne. Von 1919 bis 1940 war Carl Friedrich von Siemens der Leiter des Konzerns. Er gilt als eine der wichtigsten Personen der Unternehmensgeschichte und übernahm die Leitung im Anschluss an den ersten Weltkrieg. Siemens verlor nach dem Krieg die meisten Patente sowie Auslandsstandorte. Reparationszahlungen an die Siegermächte erschwerten den Wiederaufbau des Unternehmens erheblich. Er führte das Unternehmen zielsicher durch die turbulente Zeit der Weimarer Republik und etablierte Siemens wieder am Weltmarkt. Carl Friedrich von Siemens schuf mit der sogenannten „Einheit des Hauses“

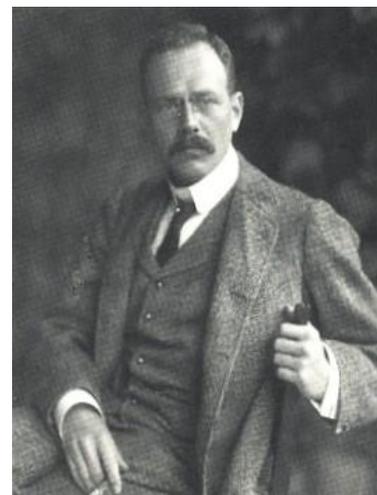


Abb. 1 Carl Friedrich von Siemens

die Corporate Identity von Siemens und sorgte damit für ein einheitliches Auftreten des Elektrotechnikbereichs nach außen hin.

Die politische Einstellung von Carl Friedrich von Siemens ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Er legte nach der Machtübernahme der Nazis im Jahr 1933 alle öffentlichen

Ämter ab, wurde dennoch in den im selben Jahr gegründeten Generalrat der Wirtschaft berufen. Die damit verbundene Abneigung gegenüber den Nazis wird jedoch von anderen Quellen angezweifelt. (vgl. Feldkirchen 1995)

So soll Carl Friedrich von Siemens bereits im Jahr 1932 einen Brief an Reichspräsident Hindenburg verfasst haben, in dem er und weitere Industrielle die Übergabe der Regierungsgeschäfte an Adolf Hitler forderten. Auch im Gespräch mit amerikanischen Industrievertretern im Jahr 1941 soll er von Hitlers Fähigkeiten, seine Anhänger zur Disziplin zu erziehen, geschwärmt haben. Er sah den Diktator wohl als Gegenpol zum Kommunismus, eine damals nicht unübliche Ansicht, geschürt durch die Angst vor den Bolschewisten. Carl Friedrich von Siemens trat außerdem der Akademie für Deutsches Recht bei, welche erst im Nationalsozialismus gegründet wurde.

Siemens arbeitete oft mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zusammen und entwickelte in Zusammenarbeit mit der DAF ein Programm für die NS-Gemeinschaft. Allerdings geriet er im Lauf der Zeit immer wieder in Konflikt mit eben jener Organisation, vor allem in Sachen Sozialpolitik, wo Siemens eine Kooperation mit der DAF ablehnte. So entstand aus der ehemaligen Zusammenarbeit ein Kleinkrieg der Führungsgremien der jeweiligen Institutionen.

Nach seinem Tod im Jahr 1941 übernahm sein Neffe Hermann von Siemens den Aufsichtsratsvorsitz. Er leitete Siemens somit durch die letzten vier Kriegsjahre. In dieser Zeit gab es aufgrund der herrschenden Rahmenbedingungen kaum Spielraum in Sachen eigenständiger Unternehmenspolitik. Sein Augenmerk lag daher vor allem auf der Minimierung von Schäden und Verlusten, in Blickrichtung auf die Nachkriegszeit. (vgl. Feldkirchen 1995)



Abb. 2 Hermann von Siemens

Allerdings fiel das wohl dunkelste Kapitel der Unternehmensgeschichte unter seinen Vorsitz. Siemens beschäftigte im Zweiten Weltkrieg tausende von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Nach dem Krieg trug er nichts zur Aufarbeitung bei und beschönigte das Geschehene sogar. Ein Unternehmensbericht aus dem Jahr 1945 über die Lage in der Siemensfabrik beim KZ-Ravensbrück besagt: „Die erforderlichen Arbeiten waren leicht und sauber und konnten zu 90 % im Sitzen ausgeführt werden.“ (www.nadir.org, 30.11.2020). Die Aufgaben der Zwangsarbeiter waren jedoch alles andere als leicht und diese zynische Darstellung der Zustände war verantwortungslos. In Gesprächen im Jahr 1946 gestand Hermann von Siemens die Beschäftigung von Zwangsarbeitern aus KZs und bemerkte ebenfalls, dass er sich nicht genau an die Anzahl erinnern könne. Man habe außerdem gegen die Deportation von Juden durch die

Gestapo protestiert. Siemens wurde nach dem Krieg mehrere Monate von den Alliierten interniert, es kam jedoch zu keiner Anklage. Er übernahm daraufhin wieder den Aufsichtsratsvorsitz bei Siemens. Die Mensur in seiner rechten Gesichtshälfte deutet auf die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft hin. (vgl. Feldkirchen 1995)

1934 wird Hermann von Siemens ordentliches Mitglied im Vorstand von Siemens & Halske, 1935 in dem der Siemens-Schuckertwerke. Zwei Jahre später folgt die Berufung in den Aufsichtsrat der beiden Gesellschaften. 1941 übernimmt der Enkel Werner von Siemens' den Vorsitz beider Gremien. Bei Amtsantritt sieht er sich mit der Herausforderung konfrontiert, Siemens durch den Zweiten Weltkrieg zu führen. In dieser Ausnahmesituation sind seine unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeiten stark eingeschränkt.

Auf seine Initiative beginnt der Elektrokonzern im Februar 1945, die Berliner Unternehmensführung aufgrund der drohenden Besetzung der Hauptstadt durch sowjetische Truppen zu dezentralisieren. Darüber hinaus betraut Hermann von Siemens seinen Neffen Ernst mit der treuhänderischen Leitung des Elektrokonzerns, falls er selbst hierzu nicht in der Lage sein sollte. Bei Kriegsende erweist sich diese Entscheidung als weitsichtig, da der Unternehmer wegen seiner Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Deutschen Bank von den amerikanischen Alliierten interniert wird. 1948 kehrt er an die Spitze von Siemens zurück und führt bis 1956 den Vorsitz im Aufsichtsrat beider Siemens-Gesellschaften.

Abb. 3 Auszug von der Siemens AG Webseite

Allerdings gab es auch eindeutige Nazis in der Siemens-Führungsspitze. Das beste Beispiel hierfür ist Rudolf Bingel, Vorstandsvorsitzender der Siemens-Schuckert Werke von 1939-1945. Er galt als Vertrauter Heinrich Himmlers und wurde von General Thomas (Leiter des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes der Wehrmacht) sogar als „Nazi-Aktivist“ bezeichnet. Bingel spendete 100.000 Reichsmark an das Sonderkonto „S“ des „Freundeskreis Reichsführer SS“. Dieser Vereinigung gehörten SS-nahe deutsche Industrielle an. In diesen Treffen ging es vor allem um den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen sowie der Intensivierung der Zusammenarbeit. Die Gesprächsinhalte waren Einsätze der Einsatzgruppen an der Ostfront und geplante Gräueltaten an der sowjetischen Zivilbevölkerung.

„Im Februar 1943 bat der Reichsführer-SS den vormaligen Einsatzgruppenchef Otto Ohlendorf, der nach dem Krieg von den Alliierten wegen 90.000-fachen Mordes zum Tode verurteilt wurde, über seinen "Einsatz" in der Ukraine und auf der Krim zu referieren.“ (www.zeit.de, 30.11.2020)

Rudolf Bingel soll außerdem bereits im Jahr 1938 das KZ Dachau besichtigt haben. Über den Arbeitseinsatz von KZ-Insassen wurde bereits damals gesprochen. Parteimitglied bei der NSDAP war er jedoch nie. Bingel wurde 1945 von sowjetischen Truppen interniert und verstarb im selben Jahr.

Die politischen Ansichten der obersten Führungsspitze von Siemens sind nicht eindeutig belegbar. Klar ist jedoch, dass hohe Managementposten von Nazis besetzt wurden. Ob

politische Ideologie oder opportunistisches Handeln – Zwangsarbeit, Ausbeutung und Mord haben stattgefunden und sind scharf zu verurteilen. (vgl. Feldkirchen 1995)

5.3 Standorte des Konzerns

1939 war Siemens & Halske mit acht Werken und zwanzig Betrieben auf insgesamt neun Städte konzentriert. Die Siemens-Schuckert Werke befanden sich mit ihren dreizehn Werken und 34 Betrieben in siebzehn Städten.

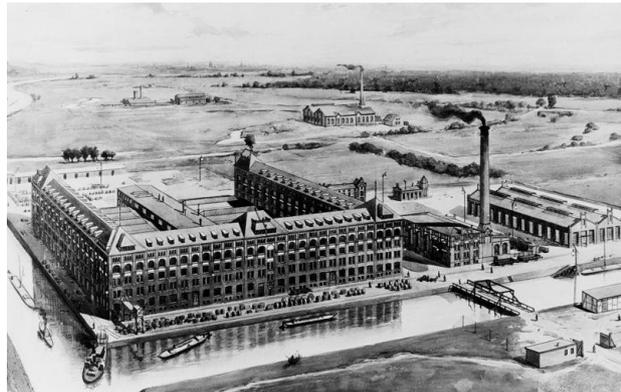


Abb. 4 Kabelwerk Westend Siemensstadt

Im Gegensatz zu anderen deutschen Unternehmen begann Siemens schon 1936/37 mit der Auslagerung

von Produktionsstätten ins deutsche Hinterland. Man zog Kapazitäten aus den industriellen Zentren ab und verlagerte diese in Grenzregionen des Reichsgebiets. Diese Politik lief unter dem Namen „verlängerte Werkbank“. Diese Dezentralisierung legte den Grundstein für spätere Auslagerungen im 2. Weltkrieg. Frauenlohnintensive Fertigung wurde nach Mitteldeutschland verlegt, da die dortigen Lohnkosten wesentlich geringer waren als in Berlin. Allgemein wurden Standorte außerhalb der Großstädte oft aus lohn-taktischen Gründen gewählt. (vgl. Feldkirchen 1995)

Die wichtigsten Produktionsstätten des Unternehmens lagen in der Siemensstadt in Berlin und in Nürnberg. Diese Betriebe waren die Stammsitze der Firma Siemens und das Lohnniveau war gerade dort sehr hoch. Weitere wichtige Produktionsstätten befanden sich in Plauen, Sörnewitz, Sonneberg und Mühlheim.

Viele der vor Kriegsbeginn angegliederten Betriebe gehen auf die Politik der „Arisierung“ zurück. So mussten jüdische Eigentümer ihre Geschäfte aufgeben und diese an deutsche Unternehmen abtreten. Carl Friedrich von Siemens soll diese Politik abgelehnt haben und daher keine persönlichen Verhandlungen in dieser Sache durchgeführt haben. Allerdings erhielt die Firma Siemens unter Vermittlung der Deutschen Bank Anteile an mehreren, ehemals jüdischen, Unternehmen.

Als Weltunternehmen verfügte Siemens auch über Standorte im Ausland. So entstanden über die Jahre Fertigungsstätten in der Schweiz, in Holland und in Schweden. In Österreich und Tschechien gab es bereits vor der Annexion durch das Deutsche Reich große Fertigungsbetriebe. Weitere waren in Budapest, Mailand und Barcelona. Der Standort

Paris verfügte zwar über eine Siemens Werkstätte, war jedoch aufgrund hoher Zölle unattraktiv.

Überseewerke entstanden in Buenos Aires und Tokio. Die Auslandsorganisation in Afrika, Asien, Amerika und dem Pazifikraum wurde ausgeweitet. Es entstanden Gesellschaften nach ausländischem Recht. (vgl. Feldkirchen 1995)

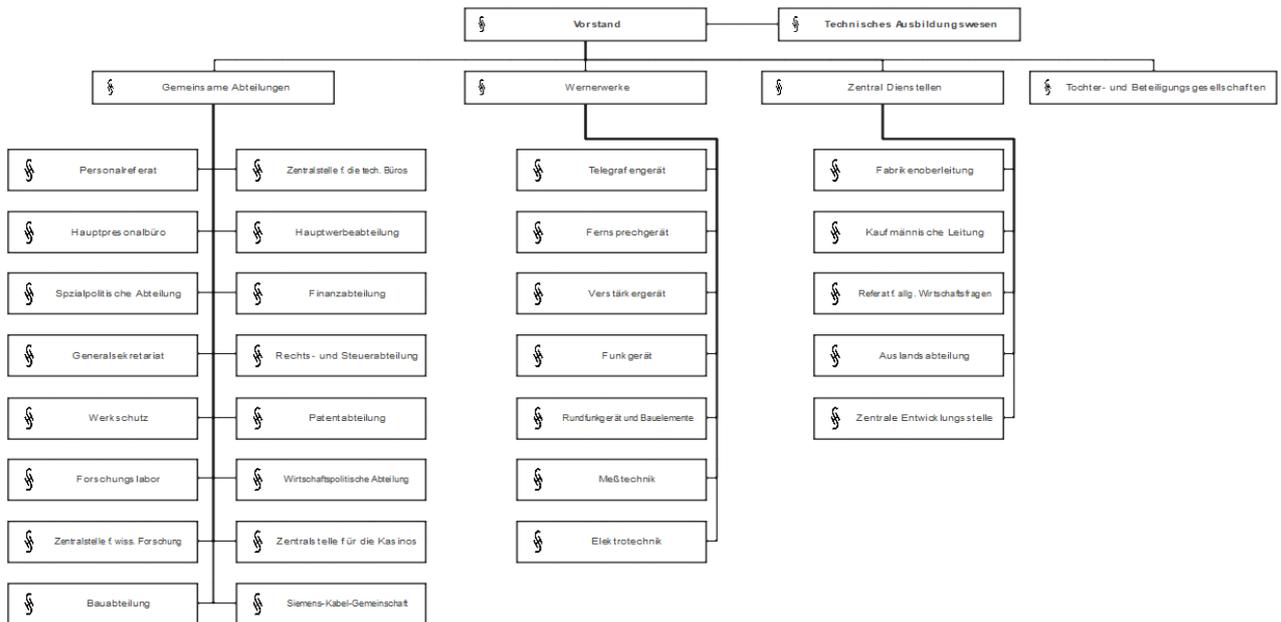
„Die Auslandsorganisation bestand aus rund 200 Gesellschaften, von denen 109 in Europa, 13 in Afrika, 27 in Mittel- und Südamerika, 33 in Asien, zehn in Australien und Neuseeland und drei in den USA ansässig waren.“ (Feldkirchen, 1995, S. 239)

Allerdings ging der Exportanteil an der Produktion mit Beginn der Aufrüstung immer stärker zurück. Grund dafür waren die Masse an Inlandsaufträgen und Gesetze.

Alles in allem war Siemens im Jahr 1939 wirtschaftlich sehr stark aufgestellt. Umsätze und Aufträge waren auf einem Rekordhoch und die Aussichten im Falle eines kurzen Eroberungskrieges standen gut. Als der Zweite Weltkrieg jedoch eskalierte, stand Siemens sowohl vor wirtschaftlichen und personellen Problemen, als auch vor dem dunkelsten Kapitel in der Unternehmensgeschichte des Elektrokonzerns. (vgl. Feldkirchen, 1995)

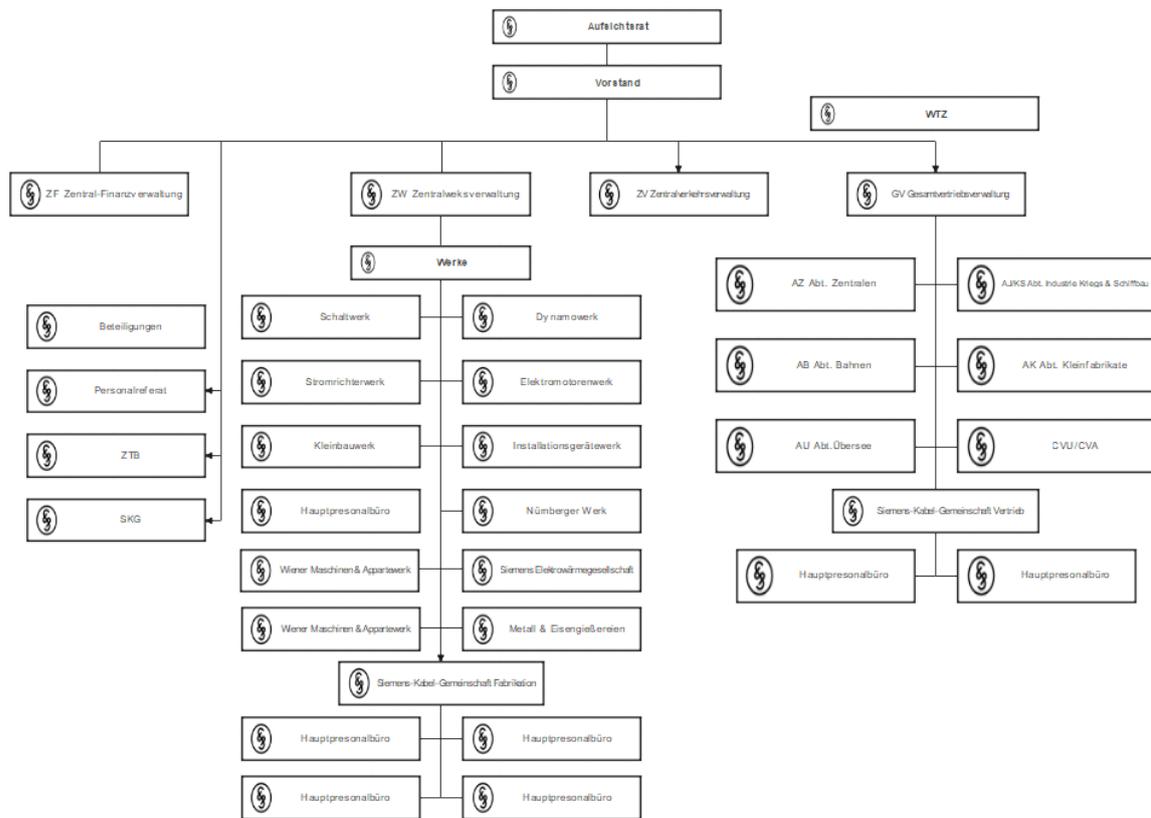
5.4 Unternehmensstruktur

Mit Beginn des nationalsozialistischen Regimes erlebte Siemens einen Wirtschaftsboom. Im Lauf der Jahre und speziell im Zweiten Weltkrieg veränderte sich die Unternehmensstruktur durchgehend. Die Stammgesellschaften Siemens & Halske AG und die Siemens-Schuckert Werke blieben stets erhalten, jedoch wurden etliche neue Abteilungen und Organisationen gegründet. Verlorene Standorte und nicht mehr benötigte Abteilungen wurde ausgegliedert, neue Projekte und Technik angegliedert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das gesamte Haus Siemens umstrukturiert.



Unternehmensstruktur der Siemens & Halske AG im Jahr 1943 (vgl. Feldkirchen, 1995)

Im Jahr 1945 wurde die gesamte Struktur der S&H verkleinert und vereinfacht. Das Technische Ausbildungswesen, die Auslandsabteilung, die Wirtschaftspolitische Abteilung und etliche andere wurden dauerhaft geschlossen. Die anschließende Besetzung durch die Siegermächte erforderte weitere Umstrukturierungen.



Unternehmensstruktur der Siemens-Schuckert Werke im Jahr 1945 (vgl. Feldkirchen, 1995)

Mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft begannen auch kleine Umstrukturierungen bei den Siemens-Schuckert Werken (SSW). In den Jahren 1937 und 1938 folgte die Übernahme der österreichischen Schuckert Werke. Die wissenschaftlich-technische Zentralstelle (WTZ) wurde im Jahr 1941 gegründet, um als neue Forschungs- und Entwicklungsabteilung zu dienen. Besonders ist hierbei die direkte Unterstellung zum Vorstand. Ab 1944 wurde die Zentralverkehrsverwaltung immer weiter reduziert und schließlich aufgelöst. (vgl. Feldkirchen, 1995)

Durch etliche Veränderung in der politischen Spitze der Wirtschaft sowie innerhalb des Konzerns, ist eine durchgängige Gliederung unmöglich. Vielmehr bieten die Strukturpläne eine Übersicht des allgemeinen Aufbaus sowie der Zuständigkeiten innerhalb des Konzerns. (vgl. Feldkirchen, 1995)

6 Einfluss der Politik auf den Siemens Konzern

Unter Hitlers Regime übten der deutsche Staat sowie seine unterschiedlichen Institutionen erheblichen Druck auf Unternehmen und Konzerne aus. Hierbei muss allerdings zwischen staatlichen Institutionen wie der Wehrmacht, dem Reichswirtschaftsministerium oder der politischen Führung, und der Schutzstaffel (SS) unterschieden werden. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs erweiterte sich die Einflussnahme zunehmend und die Abhängigkeit vom NS-Regime wuchs.

6.1 Einfluss des Staates auf den Siemens Konzern

Das Verhältnis zwischen dem NS-Regime und dem Siemens Konzern sowie der Einfluss der Regierung wandelte sich von 1933-45 stetig. Anfangs hatten viele Industrielle Bedenken, die sie allerdings schnell beiseiteschoben, um sich in das nationalsozialistische System zu integrieren. Diese Zeit war von opportunistischem Handeln geprägt und viele zukünftige „Betriebsführer“ traten der NSDAP bei. Eine Mitgliedschaft in der Partei konnte erhebliche Vorteile für Unternehmen bedeuten. Man sprach also von „Partei-buch-Industriellen“, die sich wirtschaftliche Vorteile durch ihren Beitritt erhofften. Aufträge der Kriegswirtschaft konnten so leichter akquiriert werden. (vgl. Roth u. a., 1996)

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs baute das NS-Regime seinen Einfluss weiter aus. Man erließ Reglementierungen, Rohstoffquoten, Devisenkontrollen, Preisvorgaben und Exportbeschränkungen. Siemens war von vielen dieser Beschränkungen geringer betroffen als andere Konzerne, musste sich allerdings trotzdem an bestehende Bestimmungen halten. Trotz all dieser Widrigkeiten stieg der Gewinn weiter an und Siemens konkurrierte mit anderen Unternehmen um die Gunst der verschiedenen NS-Behörden. Die wichtigsten Institutionen bildeten dabei das Reichswirtschaftsministerium, das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt der Wehrmacht, das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition sowie die Organisation der Vierjahresplan-Behörde. Hinzu kam noch die Deutsche Arbeitsfront, welche die ehemaligen Gewerkschaften ersetzt hatte und daher in der Belegschaft etlicher Konzerne fest etabliert war. Vor allem auf kleine Unternehmen konnte die DAF großen Druck ausüben. Siemens arbeitete zeitweise mit der DAF zusammen, geriet aber in Sachen Sozialpolitik in einen Konflikt mit der Organisation.

Mit der Ernennung des Hitlerarchitekten Albert Speer zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition sowie zum Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Wasser und Energie, erlangte dieser die alleinige Zuständigkeit für die gesamte Heeresrüstung. Speer entwickelte ein Ausschuss- und Ringsystem, um die Produktion geregelt in die Hände geeigneter Strukturen zu legen. Dieses System führte zwar zu einer

Steigerung der Produktion, konnte allerdings durch Probleme in der Umsetzung nie zur Gänze ausgenutzt werden. Mit Ausruf des „Totalen Kriegs“ im Jahr 1942 verloren viele Unternehmen weiter individuellen Handlungsspielraum und bis dato nicht betroffene Wirtschaftssektoren mussten nun ebenfalls im Interesse der Kriegswirtschaft handeln. (vgl. Roth u. a., 1996)

Ab 1944 begannen alle deutschen Unternehmen „ums Überleben“ zu kämpfen. Die Niederlage war unabwendbar und die Schäden an Fabriken und Infrastruktur nahmen täglich zu. Schuld daran waren vor allem die Bombardierungen durch die alliierten Verbände. Es stellte sich zunehmend ein Selbsterhaltungsreflex mit Gedanken an die Nachkriegszeit ein, und man versuchte zu retten, was zu retten war. Die Zielvorstellungen von Industrie und Regime gingen immer weiter auseinander. (vgl. Roth u. a., 1996)

Siemens konnte sich in weiten Bereich vor Fremdeinfluss schützen, musste sich jedoch genauso an Vorgaben und Quoten halten wie jedes andere Unternehmen. Wer sich an die ideologisch-politischen Maßnahmen des Regimes hielt und sich der Rüstungsproduktion beugte, erntete bis zur Wende nur Vorteile. (vgl. Feldkirchen, 1995)

6.2 Einfluss der SS auf den Siemens Konzern

Auf ihrem Höhepunkt der Macht gehörten etwa 30 Unternehmen mit über 100 Betrieben zum Wirtschaftsimperium der SS. Dieses erstreckte sich über das gesamte Deutsche Reich inklusive des eroberten Territoriums. Die SS plante von Anfang an den Einsatz von KZ-Häftlingen in ihren Unternehmen. Allerdings wurden die Zwangsarbeiter ab 1942 auch an andere Unternehmen verteilt, was die eigentlichen Pläne der SS durchkreuzte. Die Schutzstaffel musste sich nun mit eben jenen Unternehmen arrangieren und verlor teilweise die Kontrolle über die Behandlung und Verwendung der Häftlinge. Bewachung und Unterkunft konnte oft von den Betrieben selbst verwaltet werden. Dies widersprach jedoch häufig den eigentlichen Plänen der SS, wonach die Arbeit nur der Vernichtung diene.

Siemens einigte sich bereits im Jahr 1942 mit der SS auf den Einsatz von Zwangsarbeitern. Die wohl bekannteste Zwangsarbeiterfabrik entstand nahe des KZs Ravensbrück. Siemens und die SS waren sich über die Behandlung der Gefangenen oft uneins, da Siemens den größtmöglichen Gewinn erzielen, und die Arbeiter daher so lange wie möglich nutzen wollte. Das Einschulen der neuen Arbeiter kostete Siemens wertvolle Produktionszeit, welche der Konzern nicht kampflos aufgeben wollte. Konflikte entstanden zu meist dort, wo anders gesinnte Vorarbeiter mit den SS-Aufsehern oder Verfügungstruppen aneinandergerieten. Gleichzeitig versuchte Siemens den Einfluss der SS auf Fertigungsstätten und den gesamten Konzern so gering wie möglich zu halten. Das Haus

Siemens legte sehr viel Wert auf eigenständige Unternehmenspolitik, soweit es eben möglich war. (vgl. Kaienburg, 2003)

Auf der anderen Seite waren viele Vorarbeiter ebenfalls Nazis und unterstützten die SS-Aufseher bei ihren Gräueltaten. Eine klare Linie gibt es innerhalb des Unternehmens nicht. Vielmehr ist eine Einzelbewertung wohl unumgänglich.

Insgesamt profitierte der Konzern von der Zusammenarbeit mit der SS. Die Produktion konnte bis 1944 gehalten beziehungsweise vergrößert werden. Auch beim Häftlingseinsatz waren sich die Verhandlungspartner wohl in vie-

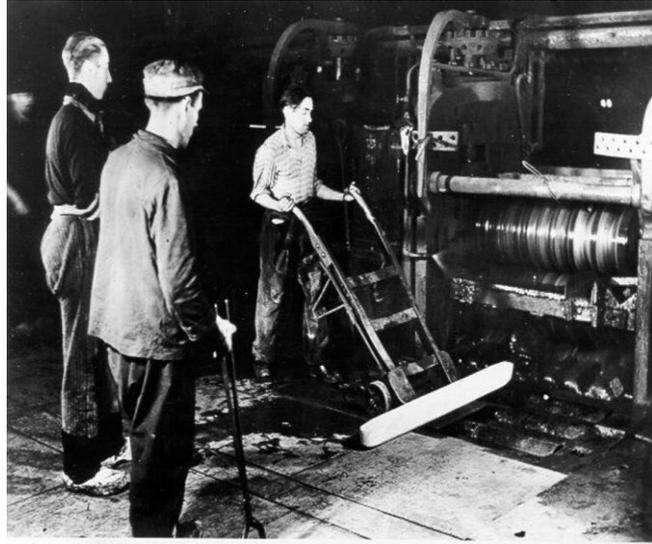


Abb. 5 Tschechische Zwangsarbeiter in einem Walzwerk

len Punkten einig. Allerdings konnte die SS ihren Einfluss über Siemens nie vervollständigen und Siemens behielt immer eine gewisse Eigenständigkeit.

7 Zwangsarbeit

7.1 Was ist Zwangsarbeit?

Grundsätzlich versteht man unter Zwangsarbeit eine Arbeitstätigkeit, zu der eine Person unter Androhung von Strafe gezwungen wird und welche nicht angemessen oder gar nicht bezahlt wird. Sie war seit jeher weit verbreitet, da sie für den Unterdrücker immense Vorteile mitsichbringt. Andererseits bedeutet Zwangsarbeit für die unterdrückte Personengruppe meistens Ausbeutung, Armut und Einschränkung ihrer Rechte.

Sie wird in Diktaturen wie Nordkorea zur Umerziehung angewandt und war auch in der Scheindemokratie der Sowjetunion unter Stalin gang und gäbe. In faschistischen Diktaturen wird zumeist eine spezifische Menschengruppe als minderwertig bezeichnet und daraufhin zur Arbeit gezwungen. Als Hauptgrund dafür sieht Dr. Wenninger, Senior Research Fellow am Institut für Zeitgeschichte Wien:

Gewinnstreben und im Fall der Nazis und ihres Konzeptes Vernichtung durch Arbeit natürlich auch das Bemühen, die Menschen, die man ausrotten möchte, vorher noch buchstäblich bis aufs Blut auszupressen.

Das Deutsche Reich revolutionierte das ganze Konzept und akquirierte in kürzester Zeit eine extrem hohe Anzahl an Arbeitskräften. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs waren zwischen sieben und elf Millionen Zwangsarbeiter im Dritten Reich beschäftigt. Zeitweise waren rund 25 % aller im Reich arbeitenden Menschen Zwangsarbeiter. Man legte Konzentrationslager in der Nähe großer Firmen an. Jedoch stellten nicht nur die damaligen Magnaten des deutschen Reichs KZ-Häftlinge ein, fast jeder deutsche Betrieb der Nazi-Ära beschäftigte Zwangsarbeiter. Die Arbeiter waren für den Erhalt der deutschen Wirtschaft unbedingt notwendig, da der Großteil der männlichen Arbeiter zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Somit hatten etliche Firmen und Fabriken einen Mangel an Arbeitskräften. Dazu kam noch das radikale Aufrüsten des NS-Regimes, welches sowohl immense Ressourcen als auch Geldsummen verschlang und ein Heer an Arbeitskräften benötigte. Im Verlauf des Jahres 1933 wurden rund 70 Konzentrationslager errichtet, welche teilweise nur als Arbeits(dienst)lager bezeichnet wurden, den NS-Führern war der Grundgedanke jedoch klar. Anfänglich wurden politische Gegner und in Deutschland lebende Ausländer in leerstehende Gebäude oder ehemalige Zuchthäuser gesperrt und mussten Arbeitsdienste verrichten. Ein Beispiel dafür ist das Konzentrationslager Dachau, welches bereits 1934 in Betrieb ging und sich am Gelände einer ehemaligen Munitionsfabrik befand. Es wurde zur Inhaftierung und Einschüchterung Andersdenkender benutzt. Mit der Zeit wurden die Lager ausgebaut oder gar neu errichtet, alles durch die Arbeitskraft der Inhaftierten. Des Weiteren wurden manche Häftlinge in Ghettos

untergebracht und durften dieses lediglich zum Arbeitseinsatz verlassen. Das bekannteste Beispiel dafür ist das Warschauer Ghetto, in welches aber auch Juden aus dem gesamten Reichsgebiet deportiert wurden. Die SS nutzte Warschau als Sammellager und um die Deportation in das KZ Treblinka zu organisieren. (vgl. Drobisch u. a., 1996)

7.1.1 Beschaffung der Zwangsarbeiter

Während der Kriegsvorbereitungen offenbarte sich der Wehrmacht ein grundlegendes Problem: Ein großer Mangel an Arbeitskräften, welche bei der Aufrüstung helfen und die kontinuierliche Versorgung der Truppen sicherstellen sollten. Als sich die Kriegswirtschaft mit der Zeit intensivierte, war die Arbeitskraft der weiblichen Mitbürger jedoch gern gesehen und auch dringend benötigt.

Aufgrund der Nazi-Ideologie war die gesellschaftliche Hauptaufgabe der Frau jedoch, möglichst viele Kinder zu gebären und somit ihren Soll gegenüber der Volksgemeinschaft zu erfüllen. Anfangs waren arbeitslose Frauen, welche sich lediglich um den Nachwuchs kümmerten und eine hohe Anzahl an, im besten Fall arischen, Kinder bekamen, gern gesehen. Wenn die Eltern und somit auch die Kinder jedoch nicht „deutschblütig“ waren, konnte die Mutter auch kein Mutterkreuz erhalten.

Bereits ab 1933 wurden Gegner des Regimes und auch Personengruppen, welche dem Führer als „lebensunwert“ erschienen in Lagern interniert und wurden verpflichtet, Arbeitsdienste zu verrichten. Dazu zählten Roma und Sinti, Homosexuelle, Asoziale, Zeugen Jehovas sowie freie Bibelforscher. Über Deutschland verteilt waren das bereits in diesem Jahr rund 27.000 Personen. In der Anfangsphase der Konzentrationslager hatte der Lagerkommandant volle Befehlsgewalt und die Dachauer Lagerordnung enthielt unter anderem den Satz:

„Über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus und an Sonn- und Feiertagen kann mit Genehmigung des Kommandanten jederzeit gearbeitet werden, wenn es die Bedürfnisse des Lagers erfordern.“ (Drobisch u. a., 1996, S. 19)

Als der Bedarf an Arbeitskräften jedoch durch den Kriegsbeginn stark anstieg und die bis dato inhaftierten Zwangsarbeiter nicht mehr genügten, schafften die Deutschen ihre Arbeiter durch sogenannte Menschenjagden in neu eroberten Territorien oder der Bildung neuer Ghettos wie in Warschau herbei. Darüber hinaus sicherte die nicht abreißende Flut an Kriegsgefangenen das Weiterbestehen des Zwangsarbeiterapparats der Nazis. In den westlich besetzten Gebieten warben sie auch aktiv Arbeiter, mit ähnlichen Versprechen wie sie Gastarbeiter in den 1960er Jahren erhielten, an. Dazu zählten unter anderem bessere Verdienstmöglichkeiten. Für den Großteil dieser war das Deutsche Reich jedoch eine herbe Enttäuschung, da sie heimischen Arbeitern nicht gleichgestellt waren,

weder im Arbeitsverhältnis selbst noch im sozialen Umfeld wurden sie gleichbehandelt. Nichtsdestotrotz erging es ihnen noch besser als den Zwangsarbeitern. (vgl. Drobisch u. a., 1996)

7.1.2 Herkunft der Zwangsarbeiter

Die deutsche Kriegswirtschaft bezog ihre Arbeiter ab dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 nun auch von den im Osten besetzten Gebieten. Durch Hitlers Taktik des Blitzkrieges nahm die Wehrmacht innerhalb eines Monats rund 700.000 Gefangene. Dies waren größtenteils polnische Soldaten, aber auch Mitglieder der oben genannten Gruppen sowie Juden. Davon wurden bereits Ende September, 100.000 Gefangene in Deutschland beschäftigt. Zu dieser Zeit waren sie vorrangig in der Landwirtschaft tätig, aber auch



Abb. 6 Sowjetische Kriegsgefangene

vereinzelt im Bergbau oder auf Baustellen des Reichs. Bis Jahresende 1939 standen dem Reich rund 300.000 Gefangene zur Verfügung wie auch 40.000 Zivilarbeiter, welche im besetzten Polen angeworben wurden. Der deutsche Agrarminister Walter Darré forderte für das folgende Jahr zwei Millionen Arbeitskräfte für die deutsche Landwirtschaft. Während den Vorbereitungen des Frankreich-Feldzugs merkte die Rüstungsinspektion bereits an, dass ein Mangel von rund 500.000 Arbeitern bestehe. Mit Beginn des Krieges gegen Frankreich und der damit einhergehenden Besetzung von Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, wurden nun auch dort Juden gezielt gesucht, deportiert und von den Deutschen in Arbeitslager verschleppt. Der Arbeitseinsatz der gefangenen Franzosen und Briten dieses Feldzuges war nun besser geplant und man lernte aus den Erfahrungen des Vorjahres. Sie wurden bereits vor der Kapitulation Frankreichs in deutsche Stammlager gebracht und von dort in ihre jeweiligen Arbeitskommandos eingeteilt. In den Stammlagern wurden sie katalogisiert und verteilt, sie waren lediglich zu vorübergehenden Beherbergung der Gefangenen konzipiert. Die Anzahl an alliierten Zwangsarbeitern stieg im Jahr 1940 drastisch an und erreichte Ende Oktober bei 1,2 Millionen ein Plateau. Von diesen Arbeitern wurden nur noch rund 50 % in der Landwirtschaft eingesetzt, da man in anderen Sektoren wie dem Baugewerbe dringend Hilfe benötigte. Das

Bedürfnis des Reichs nach Arbeitskräften wurde durch die immense Anzahl an Gefangenen des West-Feldzugs befriedigt, sodass sogar rund 1 Million an französischen Gefangenen, unter Befolgung bestimmter Auflagen, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. (vgl. Herbert, 1999)

Als Hitler im Sommer 1941 den Feldzug gegen die Sowjetunion startete, dachte er grundsätzlich nicht daran, russische Gefangene als Arbeiter einzusetzen. Der Plan beruhte darauf, dass die Wehrmacht einen schnellen Sieg über die UdSSR errang und im Anschluss ins Reich zurückkehrte. Dieses Vorhaben inkludierte auch die Eroberung unzähliger Ressourcen wie Ölfelder, Kohleminen und Metallvorkommen jeglicher Art. Doch da Ende des Jahres mehr als 2,6 Millionen Arbeiter gebraucht wurden, aufgrund des ins Stocken gekommenen Feldzugs jedoch keine baldige Rückkehr der deutschen Soldaten zu erwarten war, wurde erstmals ein Einsatz russischer Kriegsgefangener in Betracht gezogen. Trotz vermehrter Ansuchen nach sowjetischen Arbeitskräften von der Reichsvereinigung für Kohle und auch anderen Unternehmen des Reiches, lehnte der Führungsstab der NS einen solchen Einsatz anfänglich ab und nahm die Forderungen der Wirtschaft nicht ernst. Mit der Zeit wurde dieses Verbot, gezwungenermaßen, gelockert und somit wurden nun auch Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion zum Arbeitseinsatz gezwungen. Anfänglich befahl die NS-Führung, lediglich russischsprachige Sowjets zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zu schicken, um die Verbreitung bolschewistischer Propaganda unter den Deutschen zu vermeiden. Am 31. Oktober gab Hitler den Befehl zum umfassenden Arbeitseinsatz von Russen in Deutschland, da im Osten kein Ende absehbar war. Jedoch wurden nicht nur Kriegsgefangene nach Deutschland überstellt, sondern auch Zivilarbeiter aus der Sowjetunion.

Mit dem Scheitern des Blitzkrieges an der Ostfront wurden die Arbeitskräfte ab 1942 nun auch aus den besetzten Ländern wie Belgien oder Holland zuerst angeworben, und als Quoten nicht erfüllt wurden, schlichtweg verschleppt. (vgl. Herbert, 1999)

7.1.3 Logistik und Verteilung der Zwangsarbeiter

Prinzipiell wurden die Kriegsgefangenen und Deportierten zuerst in Sammellager geschickt, katalogisiert und zum Weitertransport fertiggemacht. Von dort aus wurden sie auf verschiedenste Konzentrationslager im ganzen Reichsgebiet verteilt. Dies erfolgte mit der Deutschen Reichsbahn, welche eine zentrale Rolle in Hitlers Politik spielte. Sie ermöglichte den Transport von einer Vielzahl an kriegswichtigem Material, Soldaten oder



Abb. 7 Deportationsdenkmal

eben auch den Transport der Menschen in die Lager. Lediglich beim Ostfeldzug verzögerte sich der Transport von Arbeitern aus der Sowjetunion ins Reich, da die deutschen Züge auf Regelspur verkehrten, die sowjetischen Züge jedoch die Breitspur nutzen. Da die Sowjets bei ihrem Rückzug die Taktik der verbrannten Erde nahezu makellos ausführten, hinterließen sie kaum Züge, welche die Wehrmacht benutzen konnte. Somit mussten die Pioniere der Wehrmacht in mühsamer Arbeit die Breitspur auf Regelspur umbauen.

Einerseits gab es Arbeitslager oder auch die an Betriebe gekoppelte Unterbringung, sogenannte Außenlager. In Monowitz wurde ein Außenlager des KZ Auschwitz für die Bunaerwerke der IG Farben errichtet. Andererseits wurden viele Menschen auch im Rahmen der Endlösung in Vernichtungslager gebracht, um systematisch ermordet zu werden, die drastischsten Beispiele dafür sind Auschwitz-Birkenau oder Treblinka. Ge-



Abb. 8 Jüdische Zwangsarbeiter beim Abtransport

fangene, welche für den Arbeitseinsatz bestimmt waren, kamen in ihr jeweiliges Lager und verrichteten ihren Arbeitsdienst anfangs noch vorrangig in den SS-Wirtschaftsunternehmen oder dem Lagerbereich. Unter anderem wurden auch in Städten mit einem hohen Anteil an jüdischen Einwohnern Ghettos errichtet, welche sie nur zu Arbeitszwecken verlassen durften. Dies kam in Polen, der Ukraine und Ungarn vor. Es gab nächtliche Ausgangssperren und Juden mussten sich - wie später auch in Konzentrationslagern - mit einer Armbinde mit Davidsstern kennzeichnen. Im Jahr 1942 wurden die Ghettos

aufgelöst und ihre Bewohner entweder in Vernichtungslager deportiert, oder an Ort und Stelle erschossen. (vgl. Herbert, 1999)

Sobald sie im Lager ankamen, wurde ihnen eine lagerspezifische Katalognummer zugeteilt, meistens in den Unterarm tätowiert und eine Hygienebehandlung vorgenommen. Unternehmen forderten Zwangsarbeiter an und bezahlten dafür bei der SS drei bis vier Reichsmark pro Neun- bis Elf-Stunden-Schicht. Diese Stundensätze, welche der SS zu bezahlen waren, fluktuierten natürlich, das obig angeführte Beispiel stammt von der IG-Farben im Jahre 1941. Natürlich wurden kriegswichtigen Unternehmen früher Zwangsarbeiter zur Verfügung gestellt, als in Bereichen, welche nicht kriegsrelevant waren. (vgl. Hayes u. a., 1999)

7.1.4 Auswahlverfahren der Zwangsarbeiter

Im Rahmen der direkt nach der Ankunft stattfindenden Selektion sortierte die SS Häftlinge, welche in schlechter körperlicher Verfassung waren, umgehend aus. Der darauffolgende Arbeitseinsatz hing von den jeweiligen Qualifikationen der Gefangenen ab, jedoch wurden aus den westlich eroberten Gebieten deutlich mehr Facharbeiter beschafft als beim Ostfeldzug. Die Zwangsarbeiter des Ostens, insbesondere Polen, wurden in



Abb. 9 Zwangsarbeiter in einer Munitionsfabrik

hohen Zahlen in der Landwirtschaft und später auch auf Baustellen im gesamten Reichsgebiet genutzt. Darüber hinaus wurden Zwangsarbeiter bei Aufräumarbeiten in zerstörten Städten genutzt, oder mussten beschädigte Straßen oder Eisenbahnschienen reparieren. Diese Aufgabenbereiche waren allesamt schwere körperliche Arbeit, *welche dem ehrenhaften Staatsbürger nicht zuzumuten waren (ist)*. (Dorbisch u. a., 1996, S. 20) Facharbeiter hingegen wurden je nach vorherigem Arbeitsgebiet in SS-Firmen oder andere mächtige Firmen, welche stark unter dem Einfluss der NS-Führung standen, gebracht, und lehrten häufig auch unerfahrenen Zwangsarbeitern simple Arbeitsschritte. Dies befahl die SS, um einzelne Leute ersetzbarer zu machen und ein völliges Zusammenbrechen der Produktion einer Firma durch den Tod einer einzelnen Person zu verhindern. In manchen Unternehmen waren die Zwangsarbeiter direkt am Fabriksgelände untergebracht. In vielen Fällen marschierten sie jedoch täglich vom Außenlager zu ihrer designierten Arbeitsstätte. (vgl. Herbert, 1999)

7.2 Zwangsarbeit im Konzern

7.2.1 Zwangsarbeit bei Siemens

Im Jahr 1940 waren bei den Siemens Schuckert Werken (SSW) und Siemens & Halske (S&H) schon 2.000 Juden angestellt, teilweise noch auf freiwilliger Basis. Ab 1942 entstand durch die politische Lage ein hoher Mangel an Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie. Es wurden aus der gesamten Industrie rund 200.000 Arbeitskräfte abgezogen und dennoch



Abb. 10 Lagergelände des KZs Ravensbrück

von den Betrieben Höchstleistungen verlangt. Speziell Siemens betreffend wurden in der Elektroindustrie dringend Arbeiter benötigt und noch bevor Unternehmen Ausländer und Kriegsgefangene zugeteilt wurden, waren im Betrieb schon ein paar hundert Ausländer mithilfe eines Arbeitsvertrages beschäftigt. Ende 1942 wurden den SSW und S&H rund 6.000 Ostarbeiter zugewiesen. Theoretisch standen diese in einem regulären Arbeitsverhältnis, jedoch wurden sie mit nur rund 0,5 Reichsmark pro Tag entlohnt. Im Jahr 1943 konnten die ausgefallenen Arbeitskräfte nicht mehr ersetzt werden und somit wurden Ostarbeiter, Kriegsgefangene, italienische Militärinternierte und KZ-Insassen mobilisiert, um den Bedarf zu decken. (vgl. Roth u. a., 1999)

Während im September 1941 den rund 190.000 bei Siemens beschäftigten Deutschen nur 28.000 Ausländer und Zwangsarbeiter gegenüberstanden, veränderte sich dies im Laufe des Krieges drastisch. Im Februar 1943 waren nur noch rund 177.000 Deutsche beschäftigt, jedoch schon circa 54.000 Ausländer und Kriegsgefangene. Im September 1944 gab es wieder einen Anstieg auf 192.000 Deutsche, aber es waren auch immer noch 54.000 Arbeiter anderer Herkunft. Die von den Reichsbehörden zugeteilten Zwangs- und Auslandsarbeiter erbrachten aufgrund von mangelhafter Ausbildung und Ernährung sowie den schlechten Rahmenbedingungen jedoch nur einen Bruchteil der Arbeitsleistung eines vollwertig ausgebildeten Arbeiters. (vgl. Feldkirchen, 1995)

7.2.2 Frauen-KZ Ravensbrück

Am 8. Juni 1942 startete der Bau von 20 Baracken für das Frauen-Konzentrationslager in Ravensbrück. Siemens erhielt von dort weibliche Häftlinge, welche in der

elektrotechnischen Fertigung dringend gebraucht wurden. Der verrichtete Arbeitsdienst beschränkte sich größtenteils auf feinmechanische Montage- und Justagearbeiten, welche in der damaligen Zeit als „frauenspezifisch“ bezeichnet wurden. Es wurden rund 150 Fachkräfte dorthin versetzt, um die Arbeiterinnen einzulernen und zu beaufsichtigen. Jene Arbeiterinnen, welche bei Siemens arbeiten wollten, mussten sowohl einen Intelligenz-, als auch einen Geschicklichkeitstest bestehen, denn die Produktionsschritte in dem Betrieb erforderten sehr stark ausgeprägte Fingerfertigkeit. Die Anzahl der in Ravensbrück lebenden Zwangsarbeiterinnen von Siemens fluktuierte während des Krieges geringfügig, lag aber bei rund 2.000 bis 2.300. Ein rund ein Kilometer langer Fußmarsch trennte die Häftlinge von ihrem Arbeitsplatz, welcher sich über 15 Hallen erstreckte. In Zwölfstundenschichten fertigten die entkräfteten Häftlingsfrauen Messinstrumente, Kippschalter und Mikrofone. Überwacht wurden die Arbeitsprozesse sowohl vom Siemens-Personal als auch von der SS. 1944 wurde die Produktivität noch einmal enorm gesteigert, indem man betriebsnahe Wohnbaracken errichtete, um die Anmarschzeiten der Arbeiterinnen zu verkürzen. Des Weiteren wurden andere technische Betriebe angegliedert und ein lagerinternes Prämiensystem eingeführt. Die Siemens-Baracken hatten kaum Sanitäreinrichtungen, lediglich einen zentralen Wasch- und Toilettenraum. Dieser Nachteil wurde jedoch dadurch ausgeglichen, dass die Baracken nicht komplett überbesetzt waren, wie es im Haupt-Konzentrationslager der Fall war. Darüber hinaus wurden die Quartiere der Siemens-Häftlinge als schöner bezeichnet und sie hatten mehr Zugang zu Sonnenlicht. (vgl. Morrison, 2000)

Ein ebenfalls klarer Unterschied zu anderen SS-Fabriken lag darin, dass die Siemens-Fabrik von Zivilisten und nicht von der SS geleitet wurde. Der Siemens Führungsriege war bewusst, dass Schlafentzug und Mangelernährung nicht zur Produktivität der Gefangenen beitragen würde und somit kümmerten sie sich besser um die Häftlinge als KZ-Aufseher. Darüber hinaus war der Arbeitsplatz mit großen Fenstern ausgestattet, welche genug Licht hereinließen und den Arbeiterinnen wurden einstündige Mittagspausen genehmigt. Des Weiteren blieben die Siemens-Häftlinge von körperlicher Züchtigung und sinnfreien Appellen größtenteils verschont. Sie erhielten mehr Freiheiten als der durchschnittliche KZ-Häftling, da sie schlichtweg nicht so leicht zu ersetzen waren. Nichtsdestotrotz war dies kein normales Arbeitsverhältnis. Auch in der Siemens-Fabrik wurde bei nicht erfüllten Quoten von der Prügelstrafe Gebrauch gemacht. Bei schwereren Verstößen oder dem Verdacht auf Sabotage war es üblich, die Arbeiterinnen in das Hauptlager zurückzuschicken, in welchem sie deutlich härtere Lebensbedingungen erwarteten. Obwohl im Siemens-Werk Ravensbrück klarerweise Zwangsarbeit verrichtet wurde, waren die Rahmenbedingungen dennoch in gewissem Maße human gestaltet, um die bestmögliche Produktion zu ermöglichen. (vgl. Morrison, 2000)

7.2.3 Aufgabengebiete

Mit dem Kriegsbeginn im Jahr 1939 veränderte Siemens ganz deutlich seine Produktion. Die Fertigung von Elektrogeräten mit Unterhaltungs- oder anderen zivilen Zwecken wurde stark zurückgefahren und die Fertigung von kriegswichtigen Gütern wurde priorisiert.



Abb. 11 Weibliche Zwangsarbeiter im KZ Ravensbrück

Der Großteil der bei Siemens angestellten Zwangsarbeiter befasste sich mit der Fertigung und Montage von elektrotechnischen Komponenten und Produkten, welche für den Krieg direkt oder indirekt wichtig waren. In Ravensbrück hatten die Zwangsarbeiterinnen unterschiedliche Aufgaben. Einerseits den Bau von Kippschaltern, Mikrofonen oder anderen Messinstrumenten, aber auch Spulenwickeln waren gängig. Es wurden jedoch auch viele andere Ausrüstungsteile für Militär, die Kriegsmarine und auch Einzelteile der V2-Rakete gebaut. Die S&H errichtete in Buchenwald nach Verlust einer wichtigen Produktionsstätte ein neues Ringspulenwerk. In Groß-Rosen beschäftigten sich rund 200 Häftlinge mit der Herstellung von elektrischen Röhren. In Haselhorst konzentrierten sich die Häftlinge auf Arbeiten in den Kabel-, Kleinbau- und Schaltwerken. Die Arbeitsschritte im Kabelwerk umfassten kunstharzpressen, drahtzinnen, spulen, spinnen, montieren und bohren. Im Schaltwerk hingegen waren die Häftlinge mit Revolverdreherei und Werkzeugbau beschäftigt. Darüber hinaus wurden im Kleinbauwerk Gussbohrerei und Malerei betrieben. (vgl. Roth u. a., 1996)

Während sich SSW und S&H mit der elektrotechnischen Fertigung befassten, gab es bei Siemens auch eine Firma für Großbauprojekte. Zu den Vorhaben der Siemens-Bauunion GmbH (SBU) zählten der Wiederaufbau der Weichselbrücken und des Wasser-Großkraftwerks in Saporoshje in der Ukraine. Des Weiteren wurden gegen Kriegsende wieder mehr Bauprojekte innerhalb des Deutschen Reichs angenommen. Die SBU beschäftigte überwiegend „Bauhäftlinge“, diese verrichteten normale Arbeiten, welche an jeder Baustelle anfielen. (vgl. Roth u. a., 1996)

7.2.4 Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Zwangsarbeiter bei S&H lebten anfänglich sogar noch in ihren eigenen Wohnungen, ehe sie in Arbeits- und Konzentrationslager verschleppt wurden. Der Siemens Konzern

musste, angesichts der Menge an Zwangsarbeitern in der Firma, neue Lager errichten. Bis Mitte des Jahres 1942 baute der Konzern 135 Lager in ganz Deutschland, welche Platz für rund 29.000 Zwangsarbeiter boten. Während die Arbeitslager bei anderen Firmen oft von der SS geleitet wurden, war Siemens selbst dafür zuständig, jedoch lediglich unter Aufsicht. Rund um Berlin entstanden Lager mit riesigen Kapazitäten. 1943 war Platz für 11.000 Arbeiter und 9.000 weitere Betten waren bereits in Planung. Da die deutsche Arbeitsfront jedoch die Vorschriften bezüglich der Lagerstandards lockerte, verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter erheblich. Darüber hinaus hatte die Verschiebung der Fronten Richtung Deutschland einen negativen Effekt auf die Produktivität. Fliegeralarme häuften sich und führten zwangsweise zu Unterbrechungen des regulären Arbeitsbetriebes. Die Tochterfirmen von Siemens bezogen ihre Zwangsarbeiter aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Flossenbürg, Auschwitz und Ravensbrück. In vielen dieser Lager erhielten Arbeiter leistungsbezogene Prämien für die zusätzlichen Lebensmittel. Der mit Abstand größte Standort war Ravensbrück mit rund 2.300 Arbeiterinnen, welche - im Gegensatz zu normalen KZ-Häftlingen - viele Vorteile hatten. Ihr Arbeitsplatz hatte mehr Sonnenlicht, sie erhielten ein Mittagessen und es war ihnen gestattet, eine einstündige Pause abzuhalten. Jedoch waren die Siemens-Baracken auch weitaus kleiner und die Sanitäreinrichtungen waren nur in unzureichendem Maß vorhanden. Ihre Fabrik wurde im Gegensatz zur SS-Textilfabrik, welche auch in Ravensbrück ansässig war, nicht von SS-Personal, sondern von zivilen Arbeitern geleitet. Darüber hinaus wurde in Ravensbrück zumeist in 9-Stunden-Schichten gearbeitet, während in anderen Lagern und Betrieben 11 oder 12-Stunden-Schichten üblich waren. Im Lager Haselhorst waren rund 2.000 Zwangsarbeiter bei SSW beschäftigt. Diese berichteten von grausamen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Deshalb kann man nicht pauschal von einem besseren Lebens- und Arbeitsstandard in Siemens-Lagern ausgehen. Nichtsdestotrotz war die Zahl der Übergriffe und Misshandlungen in den Siemens-Lagern geringer, da die Arbeitsleistung im Vordergrund stand, und nicht wie in vielen von der SS geleiteten Lagern das Zermürben, Schikanieren und Vernichten der Häftlinge. Denn Siemens betrachtete die Situation von einem wirtschaftlichen Standpunkt, wohingegen die SS sie von einem rasseideologischen Standpunkt aus sah. (vgl. Feldkirchen, 1995)

7.3 Unterschiedliche Zwangsarbeit?

Entgegen der allgemeinen Auffassung, dass Zwangsarbeiter nur aus politischen und religiösen Minderheiten sowie aus besetzten Gebieten stammten, wurden bereits ab 1935 deutsche Reichsbürger zu partiell unfreiwilliger Arbeit verpflichtet. Als rechtliche Grundlage dienten Verordnungen aus den Jahren 1935 und 1938. Insbesondere Frauen wurden zum Arbeitsdienst genötigt. Dieser wurde in der Land- oder Hauswirtschaft

verrichtet. Hinzu kamen Lohnkürzungen oder gar ein völliger Entfall der Entlohnung. Kündigungen waren aufgrund der Dienstpflichtverordnung praktisch unmöglich und Arbeitsplatzwechsel wurden nur unter Zustimmung der zuständigen Ämter genehmigt. Allerdings verschlechterte sich die Arbeitssituation darüber hinaus kaum, da neu hinzugekommene Zwangsarbeiter bestehende Mängel an Arbeitern ausglich.

Es gilt daher zwischen deutschen Staatsbürgern und deportierten Arbeitern zu differenzieren, außerdem ist eine separierte Betrachtung von Ost- und Westarbeitern nötig. Während Westarbeiter größtenteils von Gräueltaten und Misshandlungen verschont blieben, standen diese für jüdische, politische und sowjetische Zwangsarbeiter auf der Tagesordnung. Die vergleichsweise milde Behandlung der Westarbeiter lag nicht zuletzt an ihrer Herkunft. Als ethnische Westeuropäer waren sie in den Augen der NS-Ideologie zwar Gegner des Reichs, wurden aber nicht als „minderwertige Rasse“ angesehen. Eine Besonderheit stellen jedoch italienische Kriegsgefangene dar, welche nach dem Sturz Mussolinis im Jahr 1943 bei der Operation „Fall Achse“, die Besetzung Italiens durch Deutschland, in präventive Gefangenschaft gerieten. Diese Militärinternierten wurden von deutschen Soldaten als Verräter angesehen, in Lager verlegt und ebenfalls zum Arbeitsdienst verpflichtet. Gräueltaten an den ehemaligen Verbündeten waren ebenfalls häufig. (vgl. Herbert, 1999)

Als „minderwertiges Leben“ angesehen wurden Juden, Homosexuelle, Kommunisten, Roma, Sinti und Osteuropäer bei weitem am schlechtesten behandelt. Die Überlebenschancen von Angehörigen dieser Ethnien und Gruppen waren deutlich geringer als die der übrigen Zwangsarbeiter. Während Vernichtung durch Arbeit, speziell ab 1943, im Vordergrund stand, wurden viele bereits bei ihrer Ankunft in diversen Lagern selektiert und systematisch hingerichtet. Für Überlebende dieser ersten Selektion fielen die Überlebenschancen allerdings ebenfalls gering aus. Viele kamen durch die Kombination aus harter körperlicher Arbeit, Unterernährung, menschenunwürdigen Lebensbedingungen und täglicher Misshandlung ums Leben.

Insgesamt waren die Rahmenbedingungen in Arbeitslagern extrem schlecht, jedoch stiegen die Überlebenschancen mit der Arbeit in Konzern-internen Fabriken deutlich, da bei den Firmen nicht die Vernichtung ihrer Arbeitskräfte im Vordergrund stand. Ausnahmen stellten Baufirmen und Bergbau-Betriebe dar. (vgl. Herbert, 1999)

8 Kriegswirtschaft bei Siemens

Bereits vor dem ersten September 1939 waren alle Weichen auf Kriegswirtschaft gestellt. Der Vierjahresplan diktierte die Richtung und Unternehmen mussten dem Folge leisten. Rohstoffe wurden gesetzlich reglementiert, die Informationsweitergabe stark eingeschränkt und Arbeiter eingezogen. Siemens war immer stärker von diesen Eingriffen betroffen und musste einiges im Konzern verändern.

8.1 Wirtschaftliche Aspekte der Kriegswirtschaft

Das Einsetzen der Kriegswirtschaft sowie ihre Intensivierung ab dem Jahr 1936 stellte die deutsche Volkswirtschaft vor erhebliche Probleme in verschiedenen Bereichen. Rohstoffe und Arbeitskräfte wurden immer knapper und die anfänglichen Prinzipien -

- keine Erhöhung der Kapazitäten in der Rüstungsindustrie
- keine Vermehrung des Rohstoffeinsatzes
- keine Vergrößerung der Zahl der Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie

(Feldkirchen, 1995, S. 144)

verloren durch eine Ausweitung des Konflikts, erhöhten Verschleiß und nicht zuletzt durch ideologische Gründe zunehmend an Bedeutung.

Verordnungen regelten die Verfügbarkeit sowie den Einsatz von Ressourcen im Zuge der Kriegswirtschaft. Der zivile Sektor bei Siemens verlor an Bedeutung und musste den Anforderungen und Produktionsquoten des Reichswirtschaftsministeriums Platz machen. Das Geschäft an sich war noch immer sehr lukrativ, veranlasste Unternehmen jedoch zu einer Politik der rückläufigen Rohstoffvorräte. Man produzierte also über das nachhaltige Maß hinaus. Ein Mangel an Kupfer trat - wie bereits im Ersten Weltkrieg - ein und Ersatzprodukte gab es auch nicht genügend. So hatte sich Zink bereits 1914 als ungeeignet erwiesen und Aluminium wurde von der Luftwaffe für die Flugzeugproduktion beansprucht. Insgesamt verschlechterte sich die Rohstofflage mit zunehmender Kriegsdauer immer weiter. Exporte wurden durch den Handelskrieg und fehlende Handelspartner erheblich erschwert - und das bei erhöhter Nachfrage. (vgl. Feldkirchen, 1995)

Ab Mitte 1941 verschlechterte sich die Lage zunehmend. Der extreme Verschleißanstieg, beginnend mit dem Angriff auf die Sowjetunion, führte zur Einführung von neuen Verordnungen, die sowohl Herstellungsbeschränkungen als auch Verbote beinhalteten. Die zivile Produktion wurde auf unbedingt lebensnotwendige Produkte beschränkt und das Produktionsspektrum der Elektroindustrie komplett umgestellt. Die Rüstungsproduktion sollte trotz aller Widrigkeiten ansteigen.

Seit Beginn des Krieges wurden wehrpflichtige Männer eingezogen, um in der Wehrmacht zu dienen. Ersatz für diese fehlenden Arbeitskräfte gab es jedoch kaum. Frauenarbeit war mit der nationalsozialistischen Ideologie nicht vereinbar, womit es in der Folge zwangsläufig zu Produktivitätseinbußen kommen musste. Der Verlust von ausgebildeten und eingearbeiteten Facharbeitern entwickelte sich speziell ab 1941 zum wohl größten



Abb. 12 Musterung für die Wehrmacht

Problem bei Siemens. Im Jahr 1942 betragen die monatlichen Verluste an der Ostfront rund 150.000. Diese Verluste wurden teilweise durch Rekrutierungen aus der Rüstungsindustrie ersetzt. So mussten monatlich etwa 20.000 Facharbeiter in den Krieg ziehen. Gleichzeitig musste die Produktion jedoch ansteigen und fehlende Arbeitskraft kompensiert werden. Anfänglich wurden daher Gastarbeiter aus dem Ausland angeworben, welche allerdings entlohnt sowie gleichwertig behandelt wurden. Mit voranschreitendem Kriegsverlauf wurden auch massenhaft Zwangsarbeiter verpflichtet und die Produktion, auch aus Sicherheitsgründen, ausgelagert. Entlegene, meist bewaldete Gebiete waren durch die alliierte Luftaufklärung kaum auffindbar. (vgl. Feldkirchen, 1995)

Die Auslagerung der Produktionsstätten erfolgte aus Gründen der Personalverfügbarkeit beziehungsweise der Sicherheit. Speziell ab dem Jahr 1944 wurden wichtige Produktionsstandorte wie die Siemensstadt Ziel von Bombardierungen durch die alliierte Luftwaffe. Daher verlegte Siemens etliche Fabriken in den Süden Deutschlands, welcher bis Kriegsende relativ unbetroffen blieb. Viele dieser Anlagen wurden bewusst in Wäldern, abseits der Großstädte errichtet, um Bombardierungen weiter zu erschweren.

*„Aber die einzige Verbindung zum Zweiten Weltkrieg oder zur Nazizeit war, als ich im Leuchtenwerk in Traunreut gearbeitet habe, drei Jahre, Traunreut ist am Chiemsee. Und in diesem Leuchtenwerk war es so, dass eine völlig neue Fabrik gebaut worden war. Aber das Mittagessen - da wurden wir mit einem Bus sogar hingefahren, weil es so weit entfernt war von der Fabrik - fand in Baracken statt, die in Wirklichkeit Baracken während des Zweiten Weltkriegs waren. In denen es Zwangsarbeiter, also in denen Arbeiter gelebt haben, die damals in dieser Siemens-Fabrik aber nicht Beleuchtung hergestellt haben, sondern das war mit Sicherheit – was, weiß ich nicht genau – aber mit Sicherheit Waffenproduktion.“
(Interview, Transkript S. 43)*

Fabriken wie das Werk nahe vom KZ Ravensbrück wurden errichtet, um leichten Zugriff auf Zwangsarbeiter zu bekommen.

Insgesamt profierte Siemens enorm von der Aufrüstung, konnte dieses Wachstum allerdings in der Kriegswirtschaft nicht beibehalten. Die personelle Situation verschlechterte sich zunehmend und ungeschulte Zwangsarbeiter konnten die Produktion nur teilweise aufrechterhalten und eine Produktionssteigerung war nach erheblichen Schäden an Gebäuden und Maschinen undenkbar. Ressourcenmangel wirkte sich negativ auf die Qualität und Menge der gefertigten Produkte aus und der Krieg hinterließ Siemens in Trümmern. (vgl. Feldkirchen, 1995)

8.2 Führungsstil

In der Zeit des Nationalsozialismus verlor das Credo des Siemens Konzerns „Das Haus Siemens“ an Bedeutung. Von Zusammenhalt und gegenseitigem Respekt war nicht mehr die Rede. Man beutete Zwangsarbeiter ebenso wie langjährige jüdische Angestellte aus, Betriebsräte wurden entmachtet und der Ton wurde rauer. Um ein besseres Bild auf die Gesamtlage zu erlangen, werden hier der Führungsstil und die damit verbundenen Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter sowie der Angestellten bei Siemens analysiert.

8.2.1 Führungsstil in Bezug auf die normale Belegschaft

Mit Beginn der ersten Hochrüstungsphasen wurden die Rechte der Arbeiterschaft im Konzern massiv eingeschränkt. Das NS-Regime gab Siemens durch Verordnungen viel Spielraum in Sachen Zwangsverpflichtung und Sozialleistungsentzug. Man zwang Arbeiter zur Rücknahme von Kündigungen und machte großzügig Gebrauch von der Dienstpflichtverordnung. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs schossen die Zahlen der Zwangsverpflichteten in die Höhe. Vor allem Frauen wurden so zur Arbeit gezwungen, auch wenn diese zumindest meistens entlohnt wurde. Absehbare Folgen waren Motivationschwund und die Suche nach Möglichkeiten, um zu kündigen. (vgl. Feldkirchen, 1995)

Weitere Veränderungen folgten in der Hierarchie des Konzerns durch die anwachsende Menge an Vorarbeitern und Aufseherschichten. Während diese Personen befördert wurden, gerieten auch immer mehr Deutsche in ein unfreiwilliges Arbeitsverhältnis. In den Kriegsjahren verloren somit etliche Lohnarbeiter ihre Rechte auf freie Arbeit und Bezahlung.

Aus Angst vor einer Solidaritätsbewegung - ausgelöst durch extreme Arbeitszeitverlängerungen und Segregationspolitik - wurden schon vor dem Übergang zum „Totalen Krieg“ jährlich 300 bis 400 Gestapoangehörige für betriebsinterne Bestrafungen hinzugezogen. Gleichzeitig wollte Siemens jedoch keine eigenständigen Interventionsmöglichkeiten verlieren und richtete aus diesem Grund eigene Strafabteilungen und

Strafbunker ein. Dabei wurden NS-treue und zuverlässige Aufsichtskräfte eingesetzt, um Arbeiter zu bespitzeln und bestrafen. Berichte von Gewalttaten bis hin zu Mord, vor den Augen der Belegschaft, sind vorhanden. (vgl. Feldkirchen, 1995)

Insgesamt wurden die Anforderungen im Kriegsverlauf immer höher. Man kann daher von einem Radikalisierungsprozess sprechen. Man hatte ohne Widerspruch seiner Arbeit nachzugehen. (vgl. Feldkirchen, 1995)

8.2.2 Führungsstil in Bezug auf Zwangsarbeit

Der Einsatz von Zwangsarbeitern war bei Siemens bereits früh im Krieg Praxis. Zunächst vor allem deutsche und polnische Juden, später jedoch vorwiegend Kriegsgefangene, meistens aus der Sowjetunion. Die Behandlung dieser Arbeiter war weitaus schlechter als die der normalen Belegschaft.

Auch hier fand ein eindeutiger Radikalisierungsprozess statt, beginnend mit einer Trennung von der herkömmlichen Belegschaft und ein Gesprächs- sowie Sitzverbot bei der Arbeit. Der Kontakt wurde auf den mit zuvor eingeteilten Einweisern und Meistern beschränkt. Man zwang diese Zwangsarbeiter speziell in den ersten Kriegsjahren bis zur endgültigen Erschöpfung zu arbeiten. Brach einer zusammen, wurde er ins Lager zurückgebracht und anschließend durch einen Neuankömmling ersetzt.

Jüdische Angestellte wurde zunächst nur von der restlichen Belegschaft getrennt. Doch mit der „Endlösung“ wurden etliche Juden aus Betrieben abgeholt und ins KZ gebracht.

„Erika Levi mußte schon mit vierzehn bei Siemens arbeiten. An jenem Tage begann ihre Schicht um sechs Uhr morgens. Kaum war sie angekommen, als sie schon den Schritt der SS-Stiefel hörte. „Ja“, erinnert sie sich an die Worte, die ihr Meister sprach, „die SS holt euch alle, wir können nichts machen.“ Sie hat das Bild noch vor Augen: „Und schon kamen die SS-Männer rein, Pferdepeitschen in der Hand, und fingen an zu brüllen und zu schlagen: ‚Alle Juden ab!‘“ Zusammen mit Tausenden anderer wurde Erika im Reitstall der Luftwaffe Hermann Görings eingesperrt.“ (www.zeit.de, 07.02.2020)

Mit dem Verlust von jüdischen Zwangsarbeitern und der Vorgabe der steigenden Produktion, wurde nun vor allem auf Kriegsgefangene zurückgegriffen. Diese Arbeiter waren der vollen Brutalität der SS und Gestapo ausgeliefert, und sahen die Siemens Fabriken oft als geringeres Übel.

Im Lauf des Krieges erkannte der Konzern den Wert eines eingeschulten Arbeiters und versuchte daher, die Lebensumstände etwas erträglicher zu gestalten. Man errichtete eigene Schlafbarracken mit besserer Isolierung und mehr Platz, verteilte Kantinen-Coupons an besonders fleißige Arbeiter und versuchte die Arbeit, aus wirtschaftlichem Kalkül, erträglicher zu machen. Nichtsdestotrotz



Abb. 13 Sowjetische Gefangene am Weg ins Lager

waren Bestrafungen bei Arbeitsverweigerung oder fehlendem Tempo an der Tagesordnung und enorm brutal. Wer stahl oder gar sabotierte wurde ins KZ zurückgebracht, und dort der SS überlassen. (vgl. Roth u. a., 1996)

Die Bedingungen der Zwangsarbeiter waren von Standort zu Standort verschieden. Insgesamt wurden sie überall unterdrückt und ausgenutzt. Auch wenn es positive Beispiele für Vorarbeiter und Meister gibt, war diese Behandlung in jeder Weise menschenunwürdig. (vgl. Feldkirchen, 1995)

9 Wie konnte es so weit kommen?

Die Frage nach den Beweggründen und Umständen innerhalb der Konzernführung sowie der gesamten Belegschaft lässt sich pauschal schwer beantworten. Vielmehr ist eine individuelle Analyse der damaligen Lage notwendig.

9.1 Rahmenbedingungen

Aus wirtschaftlicher Sicht bot der Krieg enorme Möglichkeiten für Siemens, welche allerdings mit einem hohen Risiko einhergingen. Der Aufstieg zum weltweit größten Elektrokonzern war für die gesamte Führungsebene ein erfreuliches Ereignis, die damit verbundenen politischen Beziehungen wurden aus Opportunismus und reinem Gewinnstreben geknüpft. Die Verschlechterung der Rohstoff- und Personalsituation bei Kriegseintritt legten den Einsatz von Zwangsarbeitern nahe, um Quoten und Gewinnsteigerung zu erreichen. Inwiefern Siemens als treibende Kraft hinter der Nutzung von Zwangsarbeitern tätig war, lässt sich nicht eindeutig klären, allerdings lässt sich diese Praktik quer durch die deutsche Wirtschaft nachverfolgen. Somit war Siemens dahingehend kein Einzelfall, sondern vielmehr ein weiteres Negativbeispiel eines deutschen Großkonzerns mit NS-Vergangenheit. Einerseits hatte man der nationalsozialistischen Politik Folge zu leisten, andererseits war Widerstand innerhalb des Konzerns weitestgehend nur in Einzelfällen vorhanden. Der Einsatz von Zwangsarbeitern war somit ein Mittel zum Zweck, welche Misshandlungen seitens der Siemensbelegschaft jedoch in keiner Weise rechtfertigt. Individuelle Spielräume waren gegeben, jedoch wurden diese nur selten zum Positiven genutzt. (vgl. Feldkirchen, 1995)

9.2 Geheimhaltung

Siemens bemühte sich vor allem in der direkten Nachkriegszeit um Geheimhaltung und Verdrängung. Man wollte das Geschehene so schnell wie möglich zurücklassen und den Konzern für die Nachkriegszeit rüsten. Unmittelbar nach der Kapitulation Deutschlands bemühte sich Siemens um gute Kontakte zu den Besatzungsbehörden. Hierbei stand vor allem die Schadensbegrenzung im Vordergrund.

In einem - auch als Faktenquelle wichtigen - Memorandum von Ende Oktober 1945 mischten sich noch Teilwahrheiten mit Abschwächungsversuchen und zynischen Rechtfertigungstendenzen. (Roth, 1996, S. 163)

Speziell in den 1970er Jahren versuchte Siemens mit rechtlichem Nachdruck, unliebsame Fakten gerichtlich in Abrede zu stellen, um Imageschäden weiterhin zu vermeiden.

Insbesondere jüdische Organisationen übten heftige Kritik an den Geheimhaltungsversuchen und der unzureichenden Aufarbeitung seitens Siemens. Darüber hinaus kritisierten sie fehlende Schuldeingeständnisse des Konzerns. Man spricht bis heute von der „kalten Schulter“ des Hause Siemens.

Auch seitens der Regierung wurde die Aufklärung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht priorisiert. Viel mehr wollte man das Land schnellstmöglich wieder aufbauen und Konzerne wieder wettbewerbsfähig machen. Mit dem Ausbleiben einer konsequenten Entnazifizierung wurde die Geheimhaltung weiter erleichtert. Erst mit Beginn der 1980er Jahre setzte ein endgültiger Wandel bezüglich des Umgangs mit der Vergangenheit ein. Durch wissenschaftliche Arbeit, Historikerkommissionen und die Veröffentlichung militärinterner Dokumente der Alliierten, geriet die Aufarbeitung ins Rollen. (vgl. Roth u. a., 1996)

10 Folgen

10.1 Folgen für den Konzern

Der Zweite Weltkrieg hinterließ das Haus Siemens in Trümmern. Während in den westlichen Besatzungszonen mit dem Wiederaufbau begonnen wurde, kam es in der sowjetischen Besatzungszone zu Enteignungen und dem Abtransport von Maschinen. Patente wurden gestohlen, Kapital eingefroren und Fabriken abgebaut. Insgesamt betragen die Kriegsschäden für das Haus Siemens



Abb. 14 Wernerwerk M, Siemensstadt 1944

2.580 Millionen Reichsmark oder umgerechnet 737,14 Millionen Euro. Beschlagnahmungen und Enteignung bildeten mit 310 Millionen Reichsmark einen nicht unwichtigen Teil dieser Gesamtschäden. (vgl. Feldkirchen, 1995)

„Von 23.100 arbeitsfähigen Maschinen in Berlin transportierte die sowjetische Armee, die zahlreiche Siemensmitarbeiter für diese Aufgabe verpflichtete, 22.700 ab. Hinzu kam alles Inventar, viele Vorräte, Fertigwaren sowie technische Unterlagen aus den Laboratorien und Konstruktionsbüros.“ (Feldkirchen, 1995, S. 216)

Weite Teile der Firmeninfrastruktur waren zerstört und speziell im Osten des Landes verbesserte sich die Lage in den nächsten Jahren kaum. Weitere Verstaatlichungen folgten im kommunistischen Osten. (vgl. Feldkirchen, 1995)

10.1.1 Aufarbeitung

Speziell in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit versuchte man bei Siemens, die Vergangenheit zu vergessen. Man konzentrierte sich auf den Wiederaufbau und beschäftigte sich wenig mit der problematischen Vergangenheit des Unternehmens. Allerdings nahm der Druck von außen stetig zu und man begann das dunkle Kapitel mehr und mehr aufzuarbeiten. Mittlerweile versucht kaum jemand im Unternehmen die Existenz oder die Ausnutzung von Zwangsarbeitern zu leugnen. Die Frage, wie viel Siemens sich durch den Einsatz von Zwangsarbeitern ersparte, ist bis heute nicht eindeutig belegbar.

Kosten und Nutzen unterschieden sich von Ort zu Ort und genaue Quellen sind Mangelware.

Des Weiteren müssen Siemens Auszubildende eine Woche in das ehemalige KZ Ravensbrück reisen und gestalten dort eine Projektwoche. Sie erhalten so die Möglichkeit, sich mit dem Vergangenen auseinanderzusetzen und sich mit ehemaligen Zwangsarbeitern auszutauschen. Siemens hat sich ausgesprochen spät zu seiner Vergangenheit geäußert, hat allerdings in den vergangenen Jahren immer mehr Impulse in die richtige Richtung gesetzt. Es existieren mit Sicherheit noch einige Informationslücken sowie offene Fragen und weitere Aufarbeitung ist besonders wichtig. (vgl. Feldkirchen, 1995)

Ist es also möglich, das Vergangene wiedergutzumachen?

*„Eigentlich nicht. Aber man kann pekuniär etwas tun, indem man etwas zahlt. Aber wiedergutmachen? Das Geschehene kann man nicht wiedergutmachen.“
(Interview, Transkript S. 46)*

Das Wichtigste ist wohl, dieses dunkle Kapitel aus der Vergangenheit nie in Vergessenheit geraten zu lassen. Es sind nur noch wenige Zeitzeugen am Leben, und die Gefahr einer erneuten „Verdrängungsgesellschaft“ ist daher größer denn je.

10.2 Folgen für Zwangsarbeiter

Als die Alliierten 1944/45 die Konzentrationslager befreiten, waren sie mit einem Problem konfrontiert. Eine Vielzahl an Menschen verloren in den Lagern den Rest ihrer Familie, wurden separiert oder wussten nicht, wer noch am Leben war. Die ehemaligen Zwangsarbeiter wussten nicht, ob ihre Stadt noch intakt war, ihr Haus noch stand. Um diesen Leuten vorübergehend Hilfe zu leisten, richteten die Alliierten DP (Displaced Person)-Camps ein. Dazu wurden Schulen, Kasernen und Krankenhäuser genutzt. In Einzelfällen auch ehemalige Konzentrationslager wie in Bergen-Belsen.

Als Ausnahme dazu zählten sowjetische DP, welche ohne Wenn und Aber in ihre ehemalige Heimat gebracht und repatriert wurden. Grundsätzlich wurde jeder Rückkehrer vom NKWD, dem Innenministerium der UdSSR, verhört und auf eventuelle Kollaboration mit den Deutschen geprüft. Falls dies der Fall war, wurden sie in ein Arbeitslager der Sowjetunion deportiert und mussten bis zu 25 Jahre Arbeitsdienst verrichten. Dieser Umstand betraf rund 294.000 Menschen. Auch wenn ein Großteil der sowjetischen Zwangsarbeiter nach dem Tod Stalins begnadigt wurde, waren sie dennoch gesellschaftliche Außenseiter.

Anderen Ethnien, welche am Ostfeldzug in Gefangenschaft gerieten, stand frei, ob sie in ihre Heimat zurückkehren, in ein anderes Land emigrieren, oder in Deutschland bleiben

wollten. Jedoch wurden auch diese bei ihrer Rückkehr in die Heimat ausgegrenzt. Darüber hinaus war die Rückkehr in die ehemalige Heimat für einen Teil der polnischen Zwangsarbeiter problematisch, da sich die sowjetisch-polnische Grenze verschoben hatte und sie somit in die UdSSR heimkehren mussten. Da die Sowjetunion viele KZ-Häftlinge zur Rückkehr zwang und teilweise auch Gewalt anwendete, beschlossen die Vereinten Nationen 1946, dass die Heimkehr freiwillig erfolgen musste. (vgl. www.bpb.de, 15.03.2021)

10.2.1 Entschädigungen und Reparationszahlungen

In der direkten Nachkriegszeit bemühte sich der Siemens-Konzern um Geheimhaltung und Schadensbegrenzung. In den späten 1950er Jahren nahm jedoch die Jewish Claims Conference Kontakt zu Siemens auf und forderte Wiedergutmachung. Um öffentliche Debatten dieser Thematik zu vermeiden, beschloss Siemens eine monetäre Entschädigung an 1.670 ehemalige Zwangsarbeiter auszuzahlen. Diese belief sich auf sieben Millionen D-Mark. Somit erhielt jeder Zwangsarbeiter rund 4.200 D-Mark. Angesichts der jahrelangen Freiheitsberaubung und Zwangsarbeit scheint dies eher als ein kläglicher Versuch, die Jewish Claims Conference zu besänftigen, als ein ehrlicher Versuch der Wiedergutmachung. Darüber hinaus waren bei SSW und S&H rund 60.000 Zwangsarbeiter angestellt, jedoch wurde nur ein geringer Anteil von ihnen entschädigt. Dies begründete Siemens damit, lediglich Befehle der NS-Führung befolgt zu haben, und dass der Konzern nicht von den Zwangsarbeitern profitierte.

1998 stimmt Siemens nach gesellschaftlichem Druck - wie auch andere Konzerne, welche Zwangsarbeiter einsetzten und davon profitierten - einen Entschädigungsfond zu eröffnen und in diesen einzuzahlen. Dieser belief sich auf 20 Mio. D-Mark. Dies war ein Schritt in die richtige Richtung, doch viele der ehemaligen Zwangsarbeiter leiden immer noch an den Folgen der Arbeitslager und leben in Armut. (vgl. www.tagesspiegel.de, 15.03.2021)

11 Anhang

11.1 Interview mit Dr. Anton Wais

Am 29. Oktober 2020 hatte ich die Möglichkeit, Herrn Dr. Anton Wais, ehemaliges Siemens-Österreich Vorstandsmitglied zu interviewen. Die Fragen drehten sich dabei vor allem um den Siemens Konzern sowie persönliche Erfahrungen und Aufarbeitung.

Gidon Kermann: Herr Dr. Wais, wie lange haben Sie bei Siemens gearbeitet?

Dr. Wais: Insgesamt 20 Jahre.

Gidon Kermann: Und welche Positionen haben Sie bei Siemens innegehabt?

Dr. Wais: Naja, ich bin zuerst einmal bei einer Tochtergesellschaft gewesen, dort habe ich begonnen. Das war die Firma Knoblich Licht, die ist dann mit meinem Zutun verkauft worden, an Siemens, und anschließend bin ich zu Siemens gekommen und das war im Jahr 1979. Dann bin ich für Siemens vier Jahre nach Deutschland zur Siemens AG Deutschland gegangen, von Knoblich weg, und bin dann wieder zurück gekommen nach Österreich und war dann in verschiedenen Positionen. Zuerst in einem Bereich, der Audio-Videotechnik geheißen hat, und dann von dieser Abteilung, in der ich sehr lange war, nämlich ungefähr 7-8 Jahre, bin ich dann zu PN gekommen. Das sind „Private Netze“, also Telefongeschäft, wenn Sie so wollen, eben nicht im privaten Bereich, sondern im Business-Bereich. Und von den Telefonnetzen dann wiederrum bin ich zur Export Abteilung gekommen. Das ist deswegen etwas Besonderes gewesen, weil es um mehrere Sparten ging. Also von Kraftwerksgeschäft über Eisenbahngeschäft, Eisenbahnlinienbau zu Studiotechnik, welche mich dann auch wieder eingeholt hat. Es war die Einrichtung von Fernseh- und Musik-Recording-Studios, und ich bin da ziemlich viel in der Welt herumgekommen.

Das heißt, in dieser Zeit bis zum Jahr 1996, hat es mich ziemlich viel in der Welt herumgetrieben. Dann war ich kurzfristig Geschäftsführer des Ö-Call Konsortiums, so hat es damals geheißen. Das ist nichts anderes gewesen als Max Mobile. Und heute ist es wie Sie wissen, T-Mobile, und da habe ich auch die Lizenz gewonnen. Und bin dann in den Vorstand der Siemens AG Österreich gekommen. Mit der lustigen Aufgabe, dass ich für das Produktgeschäft zuständig war. Produktgeschäft ist Eisenbahnen, Lokomotiven, Signaltechnik der Eisenbahn, Kraftwerke, aber lustigerweise auch Waschmaschinen, Computer und ähnliches. Es war halt so das Verständnis des Konzerns in der damaligen Zeit, dass man nach Projektgeschäft, Industriegeschäft und Produktgeschäft unterschieden hat. Da habe ich dann sehr viel bewegen können in Bezug auf Verkehrstechnik. Die SGP wurde umgebaut, wurde zu einer Weltmarkt-Fabrik in Graz für Drehgestelle und in Wien

für U-Bahnen und Schnellbahnen. Und ist es heute noch. So und dann bin ich von Siemens weg.

Gidon Kermann: Dann die nächsten Fragen, werden sich um den Zweiten Weltkrieg drehen. Ich nehme an, dass Sie in Ihrer Zeit bei Siemens mit diesem Teil der Vergangenheit, also dem Zweiten Weltkrieg, konfrontiert wurden. Könnten Sie uns von einer dieser Situationen berichten, die Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist?

Dr. Wais: Also zum Ersten einmal in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg: Bei Siemens bin ich nie damit konfrontiert worden. Sie waren der Erste, der mich damit konfrontiert hat, mit dem Thema. Ich habe mich auch ehrlich gesagt nie damit beschäftigt. Ich glaube schon, dass zu der Zeit, als ich im Stammhaus war, nämlich bei der Siemens AG Deutschland, in München und in der Gegend vom Chiemsee in einer Fabrik, dass dort Leute beschäftigt waren, die aus der Nazizeit, wenn man das so sagen will, herübergekommen sind, in das dann neue Management. Aber die einzige Verbindung zum Zweiten Weltkrieg oder zur Nazizeit war, als ich im Leuchtenwerk in Traunreut gearbeitet habe, drei Jahre, Traunreut ist am Chiemsee. Und in diesem Leuchtenwerk war es so, dass eine völlig neue Fabrik gebaut worden war. Aber das Mittagessen - da wurden wir mit einem Bus sogar hingefahren, weil es so weit entfernt war von der Fabrik - fand in Baracken statt, die in Wirklichkeit Baracken während des Zweiten Weltkriegs waren. In denen es Zwangsarbeiter, also in denen Arbeiter gelebt haben, die damals in dieser Siemens Fabrik aber nicht Beleuchtung hergestellt haben, sondern das war mit Sicherheit - was, weiß ich nicht genau - aber mit Sicherheit Waffenproduktion. Und das ist heute ein Gemeinschaftsunternehmen von Bosch Siemens. Bosch und Siemens haben eine Hausgerätefabrik dort auch betrieben, neben dem Leuchtenwerk. Das Leuchtenwerk ist mittlerweile verkauft an einen amerikanischen Konzern. Das war eigentlich der einzige Kontakt zum Thema Drittes Reich, dass man dort gegessen hat. In Baracken, wo offensichtlich Zwangsarbeiter untergebracht wurden.

Gidon Kermann: Sie haben ja gesagt, dass Sie jetzt direkt nicht damit konfrontiert wurden. Denken Sie, dass das Thema eventuell bewusst vermieden wurde?

Dr. Wais: Mit Sicherheit.

Gidon Kermann: Wieso denken Sie, war dies der Fall?

Dr. Wais: Naja, warum? Es haben sich die Leute in Wirklichkeit, egal ob sie dran schuld waren oder nicht dran schuld waren, geschämt. Es haben sich auch alle diejenigen, die mit der Zwangsarbeit nichts zu tun hatten, im Dritten Reich geschämt dafür, dass so etwas stattgefunden hat. Es ist ja, wenn Sie so wollen, eine besondere Form des modernen Sklaventums, wenn man Zwangsarbeiter beschäftigt. Dank Ihrer Aufforderung, mich mit dem Thema zu beschäftigen, bin ich draufgekommen, es gibt ja in Berlin die

sogenannte Siemensstadt. Siemens hat damals, vor den 30er Jahren noch, also weit vor Hitler, schon eine Stadt gebaut, um ihre Beschäftigten in Berlin unterbringen zu können. Wohnungen, Spitäler, Kindergärten und so weiter. Und was mir aufgefallen ist, durch Zufall bin ich jetzt darauf gestoßen bei einer Recherche, dass dort diese berühmten Tafeln in der Erde drinnen, welche man Stolpersteine nennt, wo festgehalten wird, dass jüdische Bürger ins KZ gekommen sind oder umgebracht wurden, dass auch in Siemensstadt solche Stolpersteine sind und darunter auch welche, weil Juden bei Siemens in gar nicht so einfachen Positionen, nämlich in höheren Positionen vor dem Dritten Reich, also vor Hitler, gearbeitet hatten. Diese Juden wurden genauso verfolgt wie alle anderen Juden in Deutschland.

Gidon Kermann: Wie würden Sie die Einstellung Ihrer Arbeitskollegen bzw. eventueller Zeitzeugen zu diesem Thema einschätzen?

Dr. Wais: Naja, wir Österreicher sind ja immer beliebt dafür gewesen, für Scherze herhalten zu müssen, nicht? Weil der Hitler ist ein Österreicher. „Und da kommen jetzt die Österreicher“, also nur scherzhalber, aber das hört man dann halt hin und wieder durch. Aber ich kann mich nicht daran erinnern, dass es in dieser Zeit, wo ich in Deutschland war und oder auch in Siemens in Österreich war, irgendwelche politischen Debatten zum Thema Drittes Reich gegeben hätte. Es gab politische Debatten zum Thema der Tagesaktualität, wurscht was das war, aber nicht zum Dritten Reich. Große Debatte bei Siemens war natürlich nicht das Dritte Reich, sondern das nicht in Betrieb nehmen des Kernkraftwerks Zwentendorf, das Siemens gebaut hat. Das waren die politischen Debatten.

Gidon Kermann: Würden Sie persönlich sagen, dass Unternehmen wie Siemens nationalsozialistisch gesinnt waren, oder passten sie sich nur an die gegebenen Umstände an?

Dr. Wais: Nein, Sie dürfen nicht vergessen in der damaligen Zeit war die deutsche Schwerindustrie und die Großindustrie in Deutschland natürlich davon abhängig, Geschäfte zu machen. Egal ob das jetzt Thyssen Krupp ist, oder irgendwer anderer. In der Waffenindustrie ist es automatisch so. Und das war ja das, was Siemens hergestellt hat. Siemens war in Österreich z. B. in der damaligen Zeit, in den Dreißigerjahren, das größte elektrotechnische Industrieunternehmen und in Deutschland noch viel dominanter. Mit Siemens Halske hatten die in der Schwachstromtechnik die großen Vorreiter, Kommunikation großgeschrieben, sag ich mal, und das war natürlich „Kriegskommunikation“. Also da musste natürlich ständiger Kontakt mit Luftwaffe, Heer und Marine aufrechterhalten werden. Das war ein ureigenes Siemens-Thema, neben AEG, die auch da sehr stark war. Zweitens bei Siemens-Reiniger, das war die Firma in Erlangen. Die hat eben Medizintechnik hergestellt. Und naja, Medizintechnik, das muss ich Ihnen nicht sagen,

spielt in einem Bombenkrieg auch eine Rolle und überhaupt in einem Krieg, spielt Medizin eine große Rolle. Die Starkstromindustrie sowieso, weil die die Antriebe mehr oder weniger für die Industrie hergestellt haben. Das heißt, Siemens hat einen sehr hohen Stellenwert gehabt und es waren mit Sicherheit Leute damals an der Macht sowie in allen anderen Großunternehmen Deutschlands, die Nazis waren. Egal ob Mitläufer oder nicht.

Gidon Kermann: Das heißt, Sie würden sagen, dass es zwar Nazis gab, das Unternehmen an sich aber nicht komplett nationalsozialistisch gesinnt war. Sprich, würden Sie sagen, dass es eine Charakteristik von Siemens ist, sich an die gegebene Regierung anzupassen?

Dr. Wais: Naja, das würde ich nicht so sagen. Wir dürfen nicht vergessen: Mit der damaligen Gesellschaftsentwicklung hat sich einiges getan. In den 30er Jahren war ja sowas wie ein Bürgerkrieg - auch in Deutschland, nicht nur in Österreich. Da wurden damals, als Hitler an die Macht gekommen ist, zum Beispiel die Gewerkschaften verboten. Und die Gewerkschaften waren aber im Siemens-Konzern der 30er Jahre und davor sehr stark organisiert. Das heißt in Wirklichkeit wurden dann sogenannte Arbeiterräte gegründet. Das war das Vehikel der Nazis, um sowohl auf der einen Seite Vertreter für die Beschäftigten zu haben und auf der anderen Seite so zu tun, als hätte man noch eine Gewerkschaft. Und das finde ich schon beachtenswert, dass es sowas gegeben hat, weil das ja hinlänglich nicht bekannt ist und die sogenannten Arbeitervereiter oder Arbeiterräte der damaligen Zeit waren, wenn Sie so wollen, Krypto-Kommunisten. Also die haben nicht gesagt: „Ich bin ein Kommunist und ich huldige dem Marxismus“, aber das waren Nicht-Nazis, zum Teil.

Gidon Kermann: Fallen Ihnen Beispiele für ein empathisches Eingreifen durch Siemens Führungskräfte ein?

Dr. Wais: In welchem Zusammenhang?

Gidon Kermann: Dem der Zwangsarbeit.

Dr. Wais: Nein, überhaupt nicht.

Gidon Kermann: Auf einer Skala von 1 bis 5. Also 1 ist totale Befehlsgewalt und 5 verschwindend gering. Wie schätzen Sie den Einfluss der SS und der NSDAP auf Siemens ein?

Dr. Wais: Drei.

Gidon Kermann: Inwieweit sollte man Siemens Ihrer Meinung nach zur Verantwortung ziehen?

Dr. Wais: Definitiv! Ich mein', man sollte dieses Unternehmen schon zur Verantwortung ziehen in dem Sinne, darauf hinzuweisen, dass ein Unternehmen auch in den Dreißigerjahren die moralische Aufgabe hatte, für seine Beschäftigung da zu sein.

Gidon Kermann: Sind Sie persönlich mit der Art und Weise der Aufarbeitung zufrieden?

Dr. Wais: Nein, ganz schlicht und ergreifend überhaupt nicht. Ich meine, hätten Sie mich vor fünf Jahren gefragt, hätte ich gesagt, das ist mir wurscht. Aber jetzt ist es mir mittlerweile nicht mehr wurscht. Warum, weiß ich nicht. Vielleicht ist es eine Frage des Alters.

Gidon Kermann: Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Dr. Wais: Ich sehe insofern Handlungsbedarf, indem man heute hergehen sollte und sagen sollte, was man besser machen will, als man damals getan hat. Also jetzt unabhängig von der ganzen Korruptionsgeschichte, die von Amerika bis Europa herübergeschwappt ist, unter denen einige Vorstände zurücktreten mussten. So etwas wie Wirtschaftsethik sollte höher bewertet werden, als in der Vergangenheit. Und das glaube ich schon, ist notwendig. Man sollte nicht von vornherein immer so lustig sagen „Wir haben die beste Software für fliegendes Material, also beliefern wir die MiG der Russen genauso wie die NATO-Flugzeuge“. Da soll man sich schon den Kopf darüber zerbrechen, dass man - wenn man so etwas tut - etwas damit verbindet. Man kann zwar seinen Kunden nicht erpressen, aber nur aus der Hand fressen, das würde ich ablehnen. Und deswegen glaube ich auch, dass in Bezug auf Ethik mehr getan werden könnte.

Gidon Kermann: Würden Sie persönlich sagen, dass Siemens aus der Vergangenheit gelernt hat?

Dr. Wais: Ich stelle mir die Frage, wer überhaupt aus der Vergangenheit lernt. Weil diejenigen, die damals die Vergangenheit mitbestimmt haben, inklusive derjenigen, die unter der Vergangenheit gelitten haben, die sind zum großen Teil tot. Und ich kenne eigentlich persönlich nach dem Tod meines Großvaters, der sogar zwei Weltkriege erlebt hatte, ich kenne heute keinen mehr, der mir originär Auskunft geben könnte, wie er gelitten hat oder nicht.

Gidon Kermann: Damit wären wir wieder bei einer Skalen-Frage, und zwar auf einer Skala von 1 bis 5, 1 ist sehr wichtig und 5 ist unwichtig: Für wie wichtig halten Sie persönlich Reparationszahlungen an Zwangsarbeiter und Juden?

Dr. Wais: Zwei.

Gidon Kermann: Sind Sie persönlich der Ansicht, dass man das Geschehene wiedergutmachen kann?

Dr. Wais: Eigentlich nicht. Aber man kann pekuniär etwas tun, indem man etwas zahlt. Aber wiedergutmachen? Das Geschehene kann man nicht wiedergutmachen.

Gidon Kermann: Und gäbe es einen Weg wie man Ihrer Meinung nach, das Beste aus dem Vergangenen machen kann?

Dr. Wais: Also ja, das Beste. Es ist etwas, was mir an und für sich in der heutigen Zeit in den Schulen auffällt. Da wird ja so viel geredet Religionsunterricht / nicht Religionsunterricht, von Kopftüchern angefangen bis zur jüdischen Schule und alles Mögliche. Nach meinem Dafürhalten wäre ein richtiger Ethikunterricht, wo man sich damit auseinandersetzt, was Moral ist und was Menschenliebe oder Ehrfurcht - ich schmeiß' jetzt nur ein paar Begriffe von mir weg - bedeutet, das hielte ich auch in Unternehmen für notwendig.

Gidon Kermann: Möchten Sie zum Abschluss dieses Interviews noch etwas anmerken, oder liegt Ihnen noch irgendetwas am Herzen?

Dr. Wais: Naja, es liegt mir schon am Herzen. Erstens einmal finde ich es beachtenswert, dass Sie sich heute mit diesen Themen beschäftigen. Ich glaube, vor 10 Jahren wäre keiner auf die Idee gekommen, sich mit so einem Thema, egal ob in einer Projektarbeit, zu beschäftigen. In meine Literaturrecherche, die ich vor allem dort, wo ich auch tätig bin, in der Friedrich-Ebert-Stiftung, ich bin dort im Managerkreis der Stiftung in Berlin, das ist so eine sozialdemokratische Vorfeldorganisation, dort bin ich darauf gestoßen, dass es eine Unmenge von Literatur, von Dissertationen angefangen über Projektarbeiten oder Bücher oder sonst irgendetwas, gibt. Und keine dieser Publikationen hat sich konkret mit diesem Thema beschäftigt. Keine! Und dich brauch' Ihnen nicht zu sagen, dass da 42.000 Literaturstellen zu finden sind, in der Bibliothek, also in der elektronischen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung! Und das sind immerhin die Sozialdemokraten, nicht? Also die hätten ja vielleicht ein Anliegen aufzuzeigen, was passiert, wenn AFR-ähnliche Veranstaltungen heute stattfinden!

Gidon Kermann: Vielen Dank für das Interview.

Dr. Wais: Vielen Dank, gutes Gelingen.

11.2 Interview mit Mag. Dr. Florian Wenninger

Am 30. Oktober 2020 hatte ich die Möglichkeit, Herrn Mag. Dr. Florian Wenninger, Senior Research Fellow am Institut für Zeitgeschichte und Leiter des Instituts für Historische Sozialforschung, zu interviewen. Dabei sprachen wir vor allem über die Umstände der Zwangsarbeit, Konzentrationslager, den Einfluss der SS und Aufarbeitung.

Valentin Scholz: Woher kommt Ihr Interesse für Geschichte?

Dr. Wenninger: Gute Frage. Ich bin der Sohn eines Historikers. Vielleicht daher, dass das eine Ebene war, die ich mit meinem Vater immer hatte. Und ich bin in der Kärntner Provinz groß geworden. Das hat sicher auch noch eine Rolle gespielt, weil dort Geschichte von Beginn an sehr wichtig war. Die Geschichte des sogenannten Abwehrkampfes von 1920, also die ganze Thematik Deutschnationalismus und Kärntner-Slowenen, hat eine große Rolle gespielt. Was auch eine Rolle gespielt hat, war, solange ich mich erinnern kann, Antisemitismus. Also ich kann mich an eine Szene erinnern, da war ich acht Jahre alt. Auf dem Spielplatz in Klagenfurt waren damals ich und drei kleine Burschen, die meine Freunde waren. Und in einer Fußballpause war die Frage: „Was wählen denn eure Eltern jetzt bei der Bundespräsidentenwahl? Und das war die Kandidatur von Kurt Waldheim. Und niemand von uns hatte eine Ahnung. Warum man den einen oder den anderen Kandidaten wählen sollte, sondern alle haben das erzählt, was sie halt zu Hause gehört haben, ich auch. Und alle waren für Waldheim, außer ich. Ich war gegen Waldheim. Weil Waldheim ist ein Nazi. Was immer ein Nazi genau sein sollte. Aber auf jeden Fall, das hatte ich schon verstanden, nicht das, was wir sind. Und ich glaube, von daher war das Interesse geweckt, wissen zu wollen, warum. Warum wir eigentlich nichts mit Leuten wie Waldheim zu tun haben wollen.

Zwei Jahre später, 1988, war das erste Mal, dass die österreichische Öffentlichkeit sich ausführlicher mit den antijüdischen Ausschreitungen vom März 1938 beschäftigt hat. Und ich kann mich erinnern, als Zehnjähriger ziemlich schockiert vor dem Radio zu sitzen und mit meinen Eltern eine Sendung zu hören, in der ein Zeitzeuge erzählt hat, dass bei seiner Ankunft in Dachau eine große Betonmischmaschine gestanden hätte, in die zwei der ankommenden Juden geworfen worden wären, gemeinsam mit großen Pflastersteinen. Und alle hätten zuschauen müssen, wie diese Betonmischmaschine aus zwei Menschen Brei macht. Von daher war das ein Ausmaß an Gewalt und ein Schrecken, das verstörend war und das natürlich gleichzeitig auch interessant war. Ich glaube, von daher kam viel von meinem Interesse. Ist jetzt eine lange Antwort auf eine kurze Frage

Valentin Scholz: Wie lange beschäftigen Sie sich schon professionell mit derartigen Themen?

Dr. Wenninger: Ich habe ungefähr in Ihrem Alter, also nach meiner Matura, einen Auslandszivildienst geleistet. Wenn man das als professionell gelten lassen kann, dann seit 1999. Das wären 21 Jahre.

Valentin Scholz: Danke! Und jetzt geht's prinzipiell mal um Zwangsarbeit im Allgemeinen. Also in der Literatur bin ich häufiger auf die Berichte gestoßen, die Zwangsarbeit als grundsätzliches Mittel faschistischer Regime sehen. Können Sie diese These persönlich unterstreichen?

Dr. Wenninger: Ich glaube, dass ein Wesen faschistischer Regime darin besteht, dass sie versuchen, die politische Linke zu zerschlagen und damit die Arbeitenden um ihre Interessensvertretung zu bringen. Also sie versuchen, Gewerkschaften zu zerschlagen, sie zerschlagen die Sozialdemokratie, kommunistische Parteien, alles, was Arbeiter und Arbeiterinnen gegründet haben, um ihre Interessen durchzusetzen. Und gleichzeitig zeichnen sich faschistische Parteien dadurch aus, dass sie in verteilungspolitischen Fragen Eliteninteressen wahrnehmen. Das ist ganz klar. Also es hat schon seinen Grund, dass Großindustrielle, Bankiers und so weiter, durchwegs auf Seiten der Faschisten zu finden waren, wenn sie sich überhaupt politisch aktiv eingebracht haben. Zwangsarbeit ist natürlich nicht nur auf den Faschismus begrenzt. Also denken wir nur an die Zwangsarbeit, die kapitalistische Staaten ausgenutzt haben. Reden wir von der Sklaverei, reden wir vom Kolonialismus. Aber Kapitalismus kann auf Zwangsarbeit zurückgreifen und greift auch ausgiebig auf Zwangsarbeit zurück, wenn sich die Gelegenheit bietet. Aber er kommt auch ohne Zwangsarbeit aus. Und das ist für mich der Unterschied zum Faschismus. Der Faschismus erklärt einen Teil der Menschen für minderwertig, zu rassistisch minderwertigen Subjekten und gegenüber denen ist dann alles erlaubt. Das schließt ein, im günstigeren Fall noch Zwangsarbeit. Aber auch, wie wir wissen, ihre physische Ausrottung.

Valentin Scholz: Welche Beweggründe sehen Sie persönlich für den Einsatz von Zwangsarbeitern?

Dr. Wenninger: Gewinnstreben, und im Fall der Nazis und ihres Konzeptes Vernichtung durch Arbeit, natürlich auch das Bemühen, die Menschen, die man ausrotten möchte vorher noch buchstäblich bis aufs Blut auszupressen, also ökonomisch zu verwerten im Prozess ihrer Ermordung.

Valentin Scholz: Gibt es Ihrer Meinung nach Alternativen zum Einsatz von Zwangsarbeitern, also im Kriegsfall?

Dr. Wenninger: Natürlich. Man kann Beschäftigten immer was zahlen. Also gibt's eine Alternative zu Niedriglohnsektoren? Selbstverständlich. Gibt's irgendeinen

Kapitaleigner, der darauf verzichtet, einen maximalen Profit da rauszuholen? Ja, hat es auch gegeben. Aber es ist eine Minderheit. Also die Mehrheit der Unternehmerschaft zielt auf Profitmaximierung. Und Profitmaximierung schließt den Einsatz von Zwangsarbeit in der einen oder anderen Richtung ein. Also ich meine, brauchen wir heute nicht zu weit gehen: Letztlich ist die Kinderarbeit in Afrika zur Gewinnung seltener Erden auch nichts anderes als Zwangsarbeit.

Valentin Scholz: Und gibt es Ihrer Ansicht nach Umstände, die Zwangsarbeit rechtfertigen würden?

Dr. Wenninger: Nein. Spontan fällt mir nichts ein. Ein Grenzfall ist, denke ich, Arbeit, die beispielsweise in Gefängnissen passiert. Und die auch dort, denke ich, zu fairen Bedingungen stattfinden sollte. Gleichzeitig bin ich dafür, dass Leute im Gefängnis nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Verpflichtung haben, sich in irgendeiner Form zu betätigen. Einfach weil sie sonst verrückt werden. Also Menschen, die zur Untätigkeit gezwungen sind, leiden an vielfältigen Belastungsstörungen wie wir wissen. Aber ich bin nicht dafür, die zu unbezahlter Arbeit anzuhalten.

Valentin Scholz: Okay, jetzt ist der Fokus auf Westarbeiter und Ostarbeiter. Speziell am Anfang des Zweiten Weltkriegs wurden ausländische Arbeiter aus den westlichen Besatzungszonen angeworben. Welche Vorteile erwarteten sich diese Menschen?

Dr. Wenninger: Naja, die wurden letztlich mit ähnlichen Versprechungen angeworben wie in den 1960er Jahren Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen aus Süd und Südosteuropa. Also bessere Verdienstmöglichkeiten. Wohl auch die Möglichkeit, ein bisschen was anderes als die eigene direkte Lebensumgebung kennenzulernen. Aber in erster Linie bessere Verdienstmöglichkeiten.

Valentin Scholz: Okay, inwieweit wurden die Erwartungen eben erfüllt oder nicht erfüllt?

Dr. Wenninger: Es kommt stark auf den Zeitpunkt an. Sie haben sich ganz sicher nicht erfüllt in dem Sinn, dass die Menschen hier in der Erwartung ins Deutsche Reich gekommen sind, hier heimischen Arbeiterinnen und Arbeitern gleichgestellt zu sein, überhaupt einen ähnlichen Bewegungsspielraum zu genießen wie einheimische Arbeitskräfte. Das schließt jetzt auch soziale Kontakte ein. Schließt Freundschaften, sexuelle Beziehungen usw. ein. Und da hat man schnell festgestellt, dass man nicht gleichgestellt ist.

Valentin Scholz: Okay, und wie unterschied sich dann die Behandlung von den Ostarbeitern zu den Westarbeitern?

Dr. Wenninger: Dass ein Gutteil von denen gar nicht freiwillig da war. Also es gibt im besetzten Osteuropa Anwerbeaktionen, und als diese Anwerbeaktionen nicht mehr reichen, veranstalten Wehrmacht und Polizei Menschenjagden, treiben die Leute in Züge

und transportieren sie ab. Da wird dann auch nicht mehr versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob das ein reguläres Beschäftigungsverhältnis wäre, sondern die Menschen sind kaserniert. Die sind ganz oft mangelernährt, die sind ihren Vorgesetzten militärisch unterstellt. Gegen die wird barbarisch vorgegangen, wenn sie sich was zuschulden kommen lassen, wobei zuschulden kommen lassen ja auch heißt, dass man die Leute die sich was mit Deutschen anfangen, üblicherweise aufhängt. Franzosen werden bestraft und haben es auch nicht lustig, aber es wird nicht derartig barbarisch durchgegriffen durch die Gestapo.

Valentin Scholz: Jetzt geht es um die Arbeit im Unternehmen. In welcher Art und Weise unterschied sich die Arbeit im Unternehmen von der Arbeit im Konzentrationslager?

Dr. Wenninger: Nun, ich glaube es kommt sehr darauf an, wo diese Unternehmen waren. Und es kommt stark drauf an wie sich die Unternehmensführung verhalten hat, aber ein ganz großer, der Zwangsarbeiter beschäftigt, das war ja die damalige IG Farben, also der Vorläuferkonzern, die Vorläuferholding der Deutschen Chemischen Industrie wie BASF und andere. Ich habe mir jetzt gerade, falls Sie das kennen, auf YouTube die Tonmitschnitte des Frankfurter Auschwitz-Prozesses angehört und ich habe mir daher einige Zeugenaussagen angehört, die mich interessiert haben, weil sie in einem Buch von Hermann Langbein über diesen Prozess vorkommen. Und man kann sie sich jetzt in ganzer Länge anhören. Und da wird zum Beispiel geschildert, dass die Direktion der Buna Werke von Auschwitz III Druck auf die Lagerleitung ausübt, mehr Selektionen unter der Belegschaft durchzuführen, um Arbeitsunfähige, für die die Firma an die SS ja auch einen ganz geringen, aber doch einen finanziellen Beitrag leisten muss, auszusortieren. Wobei allen Beteiligten klar ist, was mit denen passiert. Die werden nach Birkenau überstellt und in die Gaskammer getrieben. Der Tod durch Arbeit passiert dort ganz regulär. Ein bisschen besser sind die Arbeitsbedingungen in Deutschland schon. Also in Unternehmen im Altreich sozusagen. Aber auch dort unterscheiden sie sich stark. Also wenn sie in der Flugzeugfertigung von Messerschmidt irgendwo im Salzkammergutstollen werken, oder wenn sie im Tagebau in den Kohlengruben in Preußen arbeiten, dann haben sie ja auch kein langes Leben zu erwarten gehabt.

Valentin Scholz: Manche Historikerkommissionen kommen zur Erkenntnis, dass die Verhältnisse sowie die Entlohnung in Unternehmen besser waren, als in Konzentrationslagern. Können Sie sich diesen Behauptungen anschließen?

Dr. Wenninger: Pauschal nicht, nein. Wenn ich das ergänzen darf, ist nicht durchgehend so. Es ist in der Tendenz so, aber es ist kein flächendeckendes Phänomen.

Valentin Scholz: Und kann man Ihrer Meinung nach Historikerkommissionen, welche von Unternehmen ins Leben gerufen wurden, überhaupt vertrauen?

Dr. Wenninger: Es ist eine gute Frage und pauschal schwer zu beantworten. Ich würde sagen, dass es generell weder zur kritischen Berichterstattung im Journalismus, noch zur kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beiträgt, wenn derjenige, der einen Bericht schreibt, in einem direkten Auftragsverhältnis zum Unternehmen steht. Es gibt trotzdem Unternehmen, die ihren Historikerkommissionen von Beginn an völlige Unabhängigkeit und - wichtig - vollständigen Aktenzugang eingeräumt haben. Es gibt Historikerkommissionen die ihrerseits draufgekommen sind, dass sie als Feigenblatt erhalten sollen, die daraufhin ihre Tätigkeit eingestellt haben. Ich glaube, auch hier gibt's ein breites Spektrum von Möglichkeiten. Es gibt sehr solide Historikerkommissionen, die von Unternehmen beauftragt worden sind. Es gibt allerdings auch eher unschöne Beispiele.

Valentin Scholz: Die nächsten zwei Fragen drehen sich um den Einfluss der SS. Es ist jetzt eine Skalenfrage. Es ist in einem Schulnotensystem 1 bis 5, also auf einer Skala von 1 bis 5 mit 1 totale Befehlsgewalt und 5 verschwindend gering. Wie schätzen Sie den Einfluss der SS auf deutsche Unternehmen ein?

Dr. Wenninger: Auf deutsche Unternehmen heißt auf deutsche Privatunternehmen oder heißt auf Staatsunternehmen?

Valentin Scholz: Privatunternehmen.

Dr. Wenninger: Ich würde sagen ungefähr 3.

Valentin Scholz: Jetzt wieder eine normale Frage. Welche Unterschiede bestanden zwischen der SS und den Betriebsaufsehern bei der Behandlung von Juden und Ostarbeitern?

Dr. Wenninger: Auch das ist schwer pauschal zu beantworten, es gibt dazu meines Wissens keine flächendeckende Studie, sondern es gibt nur Fallstudien. Die zeigen, dass üblicherweise Zivilarbeiter nicht notwendig humaner waren, aber weniger engagiert als die SS dabei, Leuten das Leben zur Hölle zu machen, oder sie überhaupt umzubringen. Insofern hatte man es im Zweifelsfall schon besser mit zivilen Vorarbeitern. Es gibt aber eine riesige Vielzahl von Fällen, wo sich ganz eindeutig zeigt, dass auch z. B. Zivilingenieure sich um nichts weniger barbarisch aufführen wie die SS, wenn sie nur können.

Valentin Scholz: Okay, jetzt geht's um das Konzentrationslager in Ravensbrück. In welcher Weise unterschied sich die Behandlung von männlichen und weiblichen Zwangsarbeitern in Ravensbrück?

Dr. Wenninger: Das kann ich so spezifisch nicht sagen. Ich habe zu Ravensbrück nichts gearbeitet und kenne es selbst nur aus der Sekundärliteratur.

Valentin Scholz: Okay. Jetzt wieder eine Skala Frage. Auf einer Skala von 1 (durchschnittlich schlecht) bis 5 (gravierend schlechter). Im Vergleich mit anderen Konzentrationslagern: Wie prekär war die Lage im Konzentrationslager Ravensbrück?

Dr. Wenninger: Auch schwierig zu sagen, weil Ravensbrück ist kein Lager der Stufe 3. Ist man auch in Ravensbrück leicht gestorben? Selbstverständlich. Ich kenne aus der Sekundärliteratur keine Sterbewahrscheinlichkeiten für Ravensbrück. Ich würde annehmen, dass es in etwa vergleichbar ist mit Dachau oder Buchenwald. Die Verhältnisse dort waren entsetzlich. Gleichzeitig verglichen mit Auschwitz, waren sie dennoch in aller Furchterlichkeit besser.

Valentin Scholz: Sehen Sie die Verantwortung der Unternehmen wie Siemens bei Zwangsarbeit und Ausbeutung?

Dr. Wenninger: Selbstverständlich! Die haben massiv profitiert von Zwangsarbeit. Das geht nicht nur bei Siemens. Also gehen wir zu den Horten's oder zu den Flicks oder zur restlichen Hautevolee der deutsche Nachkriegsökonomie. Die haben so gut wie alle massiv mitgeschnitten. Ein gutes Beispiel ist... (Eine Studentin ruft ihn an) Also es ist z. B. so, dass in Wien ja derzeit eine Namensmauer-Gedenkstätte für die Ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden errichtet wird vor der Nationalbank im neunten Bezirk, im Ostarrichipark. Das heißt, das sind so 2,5 - drei Meter hohe Steinwände, in die die Namen eingraviert werden. Und die Organisation, die verantwortlich dafür ist, ist darauf hingewiesen worden, dass die ausführende Baufirma, eine Baufirma ist, die Zwangsarbeiter beschäftigt hat und hat sich daraufhin bemüht, eine Firma zu finden, die keine Zwangsarbeiter beschäftigt hat. Und siehe da: Es gibt kein größeres österreichisches Bauunternehmen, das keine Zwangsarbeiter beschäftigt hätte. Also man kann schon flächendeckend davon ausgehen, dass die österreichische wie die deutsche Wirtschaft massiv profitiert hat. Und deshalb logischerweise in der Verantwortung steht, keine Frage.

Valentin Scholz: Und was können wir Österreicher unternehmen, um solche Entwicklungen in Zukunft zu verhindern?

Dr. Wenninger: Am Ende des Tages wird man wohl sagen müssen unter den Voraussetzungen der Profitmaximierung wird's schwierig, Unternehmen vorzuwerfen, dass sie "windows of opportunity" nützen. Das zeigt sich ja auch jetzt, sobald sie die Möglichkeit haben, weniger zu zahlen, zahlen sie weniger. Sobald sie die Möglichkeit haben, mit weniger Leuten den selben Output zu produzieren, ist wurscht, dass sie Existenzen vernichten, wenn sie die Leute rausschmeißen. Sie schmeißen sie raus. Ich glaube also, man kann natürlich hoffen. Und es gibt ja auch vielversprechende Ansätze in diese Richtung. Dass Unternehmen zum Beispiel ihre Belegschaft und ihre Manager zu einem ethischen Verhalten anhalten und ihnen sagen, sie sollen über die Geschichte des Unternehmens

und auch über die dunklen Aspekte dieser Geschichte was lernen. Was die Erfolgsaussichten angeht, glaube ich, darf man sich keinen Illusionen hingeben.

Valentin Scholz: Okay, möchten Sie zum Abschluss des Interviews noch etwas anmerken, oder liegt Ihnen noch etwas am Herzen?

Dr. Wenninger: Nein, außer Ihnen zu sagen, dass ich finde, dass Sie sich ein großartiges Thema gesucht haben.

12 Zusammenfassung

Siemens durchlebte große Veränderungen im Zweiten Weltkrieg. Der Konzern wuchs an die Weltspitze und stand 1945 wie bereits nach dem Ersten Weltkrieg vor seinen eigenen Trümmern. Die Kriegswirtschaft brachte Rekordgewinne, gefolgt von Enteignungen und dem Verlust von Auslandskapital. Maschinen, Patente sowie Standorte im Osten wurden von der Sowjetunion beschlagnahmt. Dennoch konnte Siemens, auch dank der westlichen Alliierten, wieder an die Weltspitze gelangen und das Unternehmen neu aufbauen.

Es steht außer Frage, dass Siemens maßgeblich von Zwangsarbeit und Ausbeutung profitierte. Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Zwangsarbeiter waren standortunabhängig schlecht und hohe Todesraten waren die Folge. Vorarbeiter und Angestellte des Konzerns nahmen an Misshandlungen, Diskriminierung und Antisemitismus teil. Unabhängig davon, ob Befehle befolgt wurden oder aus eigener Intention gehandelt wurde, ist dies scharf zu verurteilen. Das genaue Ausmaß, in dem Siemens von Zwangsarbeit profitierte, ist noch immer nicht eindeutig messbar.

Ehemalige Zwangsarbeiter müssen bis heute um Anerkennung und Gerechtigkeit kämpfen. Die psychischen und physischen Folgen derartiger Misshandlung begleiten diese Menschen bis heute.

Aufarbeitung und Eingeständnis haben viel zu spät begonnen und sind bis heute nicht abgeschlossen. Das Thema der Wirtschaftsethik ist auch heute topaktuell und der Wert eines Menschlebens sollte unter keinen Umständen am Gewinn gemessen werden!

Wir erhoffen uns daher weitere Aufarbeitungsmaßnahmen sowie klare Positionen seitens der Konzernspitze.

Die Zeit des Nationalsozialismus ist das wohl dunkelste Kapitel unserer Geschichte und darf nie in Vergessenheit geraten.

13 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1, S. 10

Carl Friedrich von Siemens - [Jacob_Hilsdorf_-_Carl_Friedrich_von_Siemens.jpg](#)
(263×326) (wikimedia.org), 30.03.2021

Abb. 2, S. 11

Hermann von Siemens - <https://new.siemens.com/global/de/unternehmen/ueber-uns/geschichte/personen/zukunft-gestalten/hermann-von-siemens.html>, 22.11.2020

Abb. 3, S. 12

Auszug von der Siemens AG Webseite - <https://new.siemens.com/global/de/unternehmen/ueber-uns/geschichte/personen/aufsichtsratsvorsitzende-bis-1966.html>, 30.03.2021

Abb. 4, S. 13

Kabelwerk Westend Siemensstadt - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlin_Siemensstadt_Kabelwerk_Westend.jpg, 30.03.2021

Abb. 5, S. 19

Tschechische Zwangsarbeiter in einem Walzwerk - <https://www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/zwangsarbeiter-bei-siemens-1943.html>, 30.03.2021

Abb. 6, S. 22

Sowjetische Kriegsgefangene - <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article173239044/Kriegsverbrechen-Nicht-arbeitende-Kriegsgefangene-haben-zu-verhungern.html>, 30.03.2021

Abb. 7, S. 24

Deportationsdenkmal - https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Yad_Vasheh_-_Denkmal_zur_Erinnerung_an_die_Deportierten.jpg, 30.03.2021

Abb. 8, S. 24

Jüdische Zwangsarbeiter beim Abtransport - <https://www.yadvas-hem.org/de/holocaust/about/ghettos/warsaw.html>, 30.03.2021

Abb. 9, S. 25

Zwangsarbeiter in einer Munitionsfabrik - https://www.deutschland-funk.de/zwangsarbeit-war-allgegenwaertig.691.de.html?dram:article_id=246009, 30.03.2021

Abb. 10, S. 26

Lagergelände des KZs Ravensbrück - <https://www.ravensbrueck-sbg.de/geschichte/1939-1945/>, 30.03.2021

Abb. 11, S. 29

Weibliche Zwangsarbeiter im KZ Ravensbrück - <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/voelkermord/kz-ravensbrueck.html>, 30.03.2021

Abb. 12, S. 33

Musterung für die Wehrmacht - https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-R43590,_Potsdam,_Musterung_f%C3%BCr_die_Wehrmacht.jpg, 30.03.2021

Abb. 13, S. 35

Sowjetische Gefangene am Weg ins Lager - [https://images.nordbayern.de/image/contentid/policy:1.7564662:1525713843/OBJ9602701_1.JPG?f=4%3A3&h=675&m=FIT&w=900&\\$p\\$f\\$h\\$m\\$w=3f62807](https://images.nordbayern.de/image/contentid/policy:1.7564662:1525713843/OBJ9602701_1.JPG?f=4%3A3&h=675&m=FIT&w=900&pfhm$w=3f62807), 30.03.2021

Abb. 14, S. 38

Wernerwerk M, Siemensstadt 1944 - <https://new.siemens.com/global/de/unternehmen/ueber-uns/geschichte/unternehmen/1933-1945.html>, 30.03.2021

14 Bibliografie

14.1 Druckquellen

Chiari, Bernhard u. a.: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 9/2, Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945, Ausbeutung, Deutung, Ausgrenzung. – München: Deutsche Verlags-Anstalt 2005

Feldenkirchen, Wilfried: Siemens 1918-1945. – München: R. Piper GmbH & Co. KG 1995

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter, Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reichs. – Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH 1999

Kaienburg, Hermann: Die Wirtschaft der SS. – Berlin: Metropol Verlag 2003

Kaienburg, Hermann u. a. (Hrsg.): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945. – Opladen: Leske + Budrich 1996

Knigge, Volkhard u. a.: Zwangsarbeit: Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg. – Köln: Klartext-Verlagsgesellschaft 2012

Kroener, Bernhard R. u. a.: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 5/2, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942-1944/45. – Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999

Morrison, Jack G.: Ravensbrück, Das Leben in einem Konzentrationslager für Frauen 1939-1945. – Zürich: Pendo Verlag 2002

14.2 Internetquellen

Magenheim-Hörmann, Thomas: "Die kalte Schulter des Hauses Siemens". – In: <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/die-kalte-schulter-des-hauses-siemens/21136.html>, 26.03.2021

Siemens (Hrsg.): 1933-1945: Nationalsozialismus und Kriegswirtschaft. – In: <https://new.siemens.com/global/de/unternehmen/ueber-uns/geschichte/unternehmen/1933-1945.html>, 30.03.2021

Hi!tech (Hrsg.): Aufrüstung und Kriegswirtschaft. – In: <https://hitech.at/industrie/auf-ruestung-und-kriegswirtschaft/>, 30.03.2021

IG Metall Berlin (Hrsg.): Zwangsarbeit für Siemens in Ravensbrück. – In: <https://www.igmetall-berlin.de/aktuelles/meldung/zwangsarbeit-fuer-siemens-in-ravensbrueck-1/>, 30.03.2021

Wien Geschichte Wiki (Hrsg.): Zwangsarbeiterlager Siemensstraße 26. – In: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Zwangsarbeiterlager_Siemensstra%C3%9Fe_26, 30.03.2021

Wikipedia (Hrsg.): Leon Schwarzbaum. – In: https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:WPBVK/Stoffsammlung/Leon_Schwarzbaum, 30.03.2021

Schmolling, Rolf: Zwangsarbeit für Siemens in Auschwitz und Berlin – Ehemalige KZ-Häftlinge berichten. – In: <https://www.hsozkult.de/event/id/event-55288>, 30.03.2021

USC Shoa Foundation (Hrsg.): Gerda Klein on forced labor. – In: <https://sfi.usc.edu/video/gerda-klein-forced-labor>, 30.03.2021

Nationalfonds (Hrsg.): Lebensgeschichtliche Erinnerungen. – In: <https://www.nationalfonds.org/lebensgeschichten>, 30.03.2021

Nationalfonds (Hrsg.): Anerkennung verschiedener Opfergruppen. – In: <https://www.nationalfonds.org/opferanerkennung>, 30.03.2021

Nationalfonds (Hrsg.): Shoah-Namensmauer-Gedenkstätte. – In: <https://www.nationalfonds.org/shoah-namensmauern-gedenkstaette>, 30.03.2021

Geheimprojekte.at (Hrsg.): Lokomotivfabrik Floridsdorf AG (LOFAG)-Wien XXI. – In: http://www.geheimprojekte.at/firma_lokomotivfabrik_wien.html, 30.03.2021

Wien Geschichte Wiki (Hrsg.): Siemens-Schuckert-Werke. – In: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Siemens-Schuckert-Werke>, 30.03.2021

Zwangsarbeit-archiv.de (Hrsg.): NS-Zwangsarbeit und Erinnerung. – In: <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/zwangsarbeit/index.html>, 30.03.2021

IG Metall Berlin (Hrsg.): Siemens und Zwangsarbeit: Das Unerklärliche erlebbar machen. – In: <https://www.igmetall-berlin.de/aktuelles/meldung/siemens-und-zwangsarbeit-das-unerklaerliche-erlebbar-machen/>, 30.03.2021

Das Bundesarchiv (Hrsg.): Zwangsarbeit im NS-Staat. – In: <https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/>, 30.03.2021